

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 19.04.–25.04.2024

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	14
Meinung	26

News

Sicherheitsrat: USA blockieren palästinensischen Vorstoß für UN-Vollmitgliedschaft

<https://dert.tech/international/203192-usa-blockieren-im-sicherheitsrat-palaestinensischen-vorstoss-fuer-un-vollmitgliedschaft/>

19.04.2024

Die USA legten ihr Veto gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrats ein, in der die Vollmitgliedschaft Palästinas in der Weltorganisation empfohlen wurde. Palästina ist derzeit lediglich ein Nichtmitglied mit Beobachterstatus bei der UNO.

Die Vereinigten Staaten haben im UN-Sicherheitsrat ein Veto gegen eine von vielen Staaten unterstützte Resolution eingelegt, die dem Staat Palästina den Weg zur Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen geebnet hätte.

Zwölf Länder stimmten für die Resolution, die am Donnerstag in einer mehrstündigen Sitzung des Sicherheitsrates in New York zur Abstimmung gebracht wurde. Großbritannien und die Schweiz enthielten sich der Stimme.

Nachdem er sein Veto gegen die Maßnahme eingelegt hatte, erklärte der stellvertretende US-Gesandte bei der UNO, Robert Wood, dass es nach Ansicht Washingtons keinen anderen Weg zur palästinensischen Eigenstaatlichkeit gebe als Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern. Wood erklärte:

"Wir sind uns auch seit langem darüber im Klaren, dass voreilige Aktionen hier in New York, selbst mit den besten Absichten, keine Staatlichkeit für das palästinensische Volk erreichen werden."

Es wurde allgemein erwartet, dass die Resolution scheitern würde, da die USA – Israels engster Verbündeter – im Sicherheitsrat über ein Vetorecht verfügen und sich gegen ihre Verabschiedung ausgesprochen hatten.

Die Abstimmung erfolgte mehr als sechs Monate nach Israels Bombardierung des Gazastreifens, die mehr als 33.000 Palästinenser getötet und die Küstenenklave in eine humanitäre Katastrophe gestürzt hat.

Der Staat Palästina ist derzeit ein Nichtmitglied mit Beobachterstatus bei der UNO. Ein Antrag auf Aufnahme als UN-Vollmitglied muss jedoch vom Sicherheitsrat und anschließend von mindestens zwei Dritteln der Generalversammlung genehmigt werden.

"Wie wurde der Staat Israel gegründet?"

Vor der Abstimmung am Donnerstagnachmittag hatte Ziad Abu Amr, der UN-Sonderbeauftragte für den Staat Palästina, um Unterstützung geworben. Abu Amr sagte vor dem Rat:

"Wir sehnen uns immer noch danach, unser Recht auf Selbstbestimmung wahrzunehmen und in Freiheit, Sicherheit und Frieden in einem unabhängigen Staat zu leben, so wie andere Länder auf der Welt auch."

Die Palästinenser "brachten und bringen weiterhin große Opfer, um dieses Ziel zu erreichen", fügte er hinzu. Zudem wies Abu Amr Behauptungen zurück, dass die Resolution die politischen Verhandlungen und die Aussichten auf Frieden gefährden würde. Er erklärte:

"Denjenigen, die sagen, dass die Anerkennung des palästinensischen Staates durch Verhandlungen und nicht durch eine UN-Resolution erfolgen muss, sagen wir: 'Wie wurde der Staat Israel gegründet? War das nicht durch eine UN-Resolution, nämlich die Resolution 181?'"

Weiter fügte der UN-Sonderbeauftragte für den Staat Palästina hinzu:

"Diese Resolution wird keine Alternative zu Verhandlungen und zur Lösung offener Fragen sein. Sie wird den Palästinensern Hoffnung auf einen unabhängigen Staat geben, nachdem sich diese Hoffnung zerschlagen hat (...) Wir hoffen, dass Sie uns die Möglichkeit geben werden, ein integraler Bestandteil der internationalen Gemeinschaft zu werden, die sich für internationalen Frieden und Sicherheit einsetzt."

Der israelische Botschafter bei der UNO, Gilad Erdan, nutzte seine Rede vor dem Sicherheitsrat, um dem Gremium Politisierung vorzuwerfen. Er bezeichnete die Resolution auch als "Preis für [die] Terroristen", die in den Angriff vom 7. Oktober durch die palästinensische Gruppe Hamas, die den Gazastreifen regiert, verwickelt waren. Erdan erklärte:

"Wenn diese Resolution verabschiedet wird – Gott bewahre – sollte der Sicherheitsrat nicht mehr Sicherheitsrat genannt werden, sondern 'Terrorrat' (...) Das Einzige, was eine erzwungene einseitige Anerkennung eines palästinensischen Staates bewirken wird, ist, dass künftige Verhandlungen fast unmöglich gemacht werden."

Darüber hinaus bezeichnete Erdan die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) als ein "völkermordendes Gebilde, das keinen Status" in der UNO verdient, die von neuen Bewerbern verlangt, dass sie "friedliebende" Nationen sind.

Er argumentierte weiter, dass die PA keine Autorität über den Gazastreifen und einige Teile des Westjordanlandes habe. "Wen wird die UNO also anerkennen? Wer wird das Sagen haben?", fragte er und fügte hinzu:

"Die UNO ist dem Multilateralismus nicht verpflichtet. Traurigerweise ist sie jetzt dem Multi-Terrorismus verpflichtet (...) Heute ist die Maske endgültig gefallen. Der UN-Sicherheitsrat hat sich selbst entlarvt."

Erdan warf den Vereinten Nationen vor, eine "destruktive und unmoralische" Resolution zu einem Zeitpunkt zu verabschieden, an dem die Konfrontation zwischen Israel und dem Iran zu eskalieren droht.

"Eine einzige Fehlkalkulation kann zum Udenkbaren führen"

Nach einem Angriff auf das iranische Konsulat in Damaskus am 1. April hat Iran am Wochenende ein Sperrfeuer aus Raketen und Drohnen auf Israel losgelassen. Israelische Offizielle hatten nicht gesagt, wann oder wo sie Vergeltung üben würden, aber der Militärführer des Landes hat eine Antwort angekündigt.

UN-Generalsekretär António Guterres eröffnete die Sitzung des Sicherheitsrats am Donnerstag mit der Warnung, dass die zunehmenden Spannungen aufgrund des Gaza-Kriegs und des iranischen Angriffs auf Israel zu einem "umfassenden regionalen Konflikt" führen könnten. Guterres sagte:

"Der Nahe Osten steht am Abgrund. In den letzten Tagen ist es zu einer gefährlichen Eskalation gekommen – in Worten und Taten."

Er fügte hinzu:

"Eine einzige Fehlkalkulation, eine einzige Fehlkommunikation, ein einziger Fehler könnte zum Udenkbaren führen – zu einem umfassenden regionalen Konflikt, der für alle Beteiligten verheerend wäre."

Er rief alle Parteien zu "maximaler Zurückhaltung" auf und verurteilte sowohl den Angriff auf das Konsulat als auch die Drohneneinsätze und bezeichnete letztere als "ernste Eskalation".

"Es ist höchste Zeit, den blutigen Kreislauf der Vergeltung zu beenden", so Guterres. Und weiter:

"Es ist höchste Zeit, damit aufzuhören."

* * *

"Absurd, irre, verheerend" – Chemiker rechnet mit Habeck-Plan zur CO₂-Endlagerung ab

<https://dert.tech/inland/203237-absurd-irre-verheerend-chemiker-rechnet-mit-habeck-plan-zur-co2-endlagerung-ab/>

20.04.2024

Weil es als klimaschädlich gilt, will Wirtschaftsminister Robert Habeck Kohlenstoffdioxid massenhaft im Boden der Nordsee einlagern. Das ist nicht nur ein extrem kostspieliges Vorhaben, sondern auch extrem umweltschädlich – wie schädlich genau, hat nun ein renommierter Chemiker ausgerechnet.

Im Kampf gegen den Klimawandel verfolgt Robert Habeck einen ehrgeizigen Plan. Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz will in der Nordsee ein Endlager einrichten, um im Meeresboden Kohlenstoffdioxid einzuspeichern. Der Gedanke klingt zunächst einleuchtend: CO₂, das nicht in die Atmosphäre gelangt, trägt nicht zum Treibhauseffekt und damit zur Erderwärmung bei.

Für dieses Vorhaben hat sich jüngst die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina in Halle ausgesprochen. Sie verlangt, dass jährlich in Deutschland etwa 100 Millionen Tonnen CO₂ unter die Erde gepresst und dort endgelagert beziehungsweise teilweise chemisch genutzt werden sollen. Wobei die Leopoldina fordert, sich nicht auf den Meeresboden zu beschränken, sondern CO₂ auch an Land unter die Erde zu bringen.

Das Verfahren zur Endlagerung heißt CCS (Carbon Capture and Storage), das Verfahren zur chemischen Nutzung wird als CCU (Carbon Capture Usage) bezeichnet.

Während Habecks Pläne in Teilen seiner eigenen grünen Partei auf Kritik stoßen, erhält er Rückenwind vom politischen Gegner: "Es wurde höchste Zeit, dass der grüne Klimaminister sich hier bewegt. Die Ampel ist bislang immer nur aus Technologien ausgestiegen, bei CCS sollte sie endlich mal beherzt einen Einstieg schaffen", erklärte CDU-Politiker Jens Spahn.

Doch er und Habeck haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht – oder besser gesagt: ohne den promovierten Chemiker Dr. Bernhard Weßling. Er rechnete in einem Artikel für die *Berliner Zeitung* durch, was die Umsetzung der Pläne zur CO₂-Endlagerung in der Nordsee bedeuten würde. Schon seine Beschreibung des Prozesses lässt den riesigen Aufwand erahnen:

"Das heißt: Der Atmosphäre bestimmte Kohlendioxid-Einträge entziehen, in transportierbare Form umwandeln, in Tankzügen nach Norwegen transportieren, aufs Meer zur Verpressungsstelle bringen und unter Druck dahin zurückschicken, woher es kam. In die Tiefe."

Bisher hätten Berechnungen über die Energieeffizienz des Verfahrens keine Rolle gespielt. Wäre dem so, "müssten die Pläne sofort eingestellt werden", so Dr. Weßling, denn die Bilanz sei "verheerend".

Das Ergebnis seiner Berechnungen auf Grundlage der Thermodynamik lautet: "CCS und CCU sind in krassem Umfang nicht nachhaltig. Sie verursachen mehr Schäden in anderen Bereichen der Umwelt; die Schäden liegen um ein Vielfaches höher, als positive Beiträge zur Klimastabilisierung erhofft werden." Der Wissenschaftler bilanziert weiter:

"Das am stärksten niederschmetternde Resultat der Kalkulation: Man muss etwa sechsmal

so viel Energie in CCS hineinstecken, als bei der Verbrennung von fossilen Brennstoffen zu CO₂ als nutzbare Energie gewonnen werden konnte. Das Sechsfache!"

Die Ursachen dafür lägen in den mehrfachen Wirkungsgradverlusten beim Einfangen, dem Transport und der Verpressung des CO₂. Für die Absorption und Speicherung von einer Tonne Kohlenstoffdioxid mittels CCS seien insgesamt 16 Millionen Kilojoule Primärenergie erforderlich. Hochgerechnet auf die von der Leopoldina geforderte Verklappung von 100 Millionen Tonnen CO₂ käme man "auf einen Primärenergiebedarf von unfassbaren 1600 Petajoule – oder 1600 Billionen Joule". Das entspräche "15 Prozent des Primärenergieverbrauchs Deutschlands des Jahres 2023", was der Chemiker als "Wahnsinn" bezeichnet.

"Noch irrer wird es, wenn man sich die globale Dimension vor Augen führt – eine wissenschaftliche Studie, die die zu verarbeitenden CO₂-Mengen betrachtet: Allein um die im Jahr 2030 nicht vermeidbaren CO₂-Emissionen aufzufangen und abzuspeichern, bräuchte man eine Industrie, die etwa zwanzigmal so groß sein müsste wie die heutige Ölindustrie. Das Zwanzigfache der Anlagen, Systeme, Gebäude, Leitungen, Transportwege der Ölindustrie weltweit."

Doch der Wahnsinn nimmt damit noch kein Ende. Denn Weßling hat auch das CCU-Verfahren zur chemischen Nutzung unter die Lupe genommen. Das Resultat sei "noch absurder". Weil dieses Gas "praktisch am Ende einer absteigenden Stufenleiter von Nützlichkeit" stehe, müsse man "unglaublich viel Energie in Prozesse hineinstecken", um CO₂ wieder zu Brennstoffen oder zu nützlichen chemischen Rohstoffen zurückzuverwandeln. "Man würde 55 Prozent der gesamten regenerativen Stromerzeugung benötigen, um nur zehn Prozent der nicht vermeidbaren CO₂-Emissionen umzuwandeln."

Dabei bezieht sich die Rechnung nur auf die chemische Umwandlung als solche. Doch zuvor muss das CO₂ noch eingesammelt und verflüssigt werden. Dann fällt die Bilanz umso desaströser aus: "Bei den derzeit jährlichen CO₂-Emissionen von etwa 36 Gigatonnen benötigen wir allein für die Stabilisierung der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre auf aktuellem Niveau etwa zwei Drittel der gesamten für das Jahr 2030 prognostizierte Stromerzeugung von etwa 33 Petawattstunden. Wohlgemerkt: Hier ist der Gesamtstrombedarf gemeint, nicht nur der aus regenerativen Energiequellen."

Der Wissenschaftler moniert abschließend, dass auch die Kritiker der CO₂-Endlagerung vor allem politische Argumente bemühen oder die hohen Kosten ins Feld führen. Aber niemand habe bisher untersucht, ob CCS oder CCU aus ökologischer Sicht nachhaltig seien – was sie laut Weßling "in krassstem Umfang nicht" sind. Er empfiehlt, die Entscheidungen über "extrem kostspielige Strategien" auf realistische Berechnungen auf Grundlage von Fakten und "wissenschaftlich eindeutigen Tatsachen" zu basieren. Man darf gespannt sein, ob die Botschaft in Habecks Ministerium ankommen wird.

* * *

Bayern hält Corona-Dokumente unter Verschluss

<https://dert.tech/inland/203398-bayern-haelt-corona-dokumente-unter/>

21.04.2024

Bayerns Landesregierung unter Markus Söder weigert sich, Dokumente aus der Zeit der Corona-Krise, die eine Aufarbeitung der Maßnahmen ermöglichen würden, herauszugeben und sieht "für eine weitere Offenlegung von Dokumenten keinen Anlass".

Bayerns Landesregierung will keine Dokumente aus der Zeit der Corona-Krise herausgeben, um zu einer Aufarbeitung der Maßnahmen beizutragen. Nach hiesiger Auffassung sei "klar, dass die Staatsregierung für eine weitere Offenlegung von Dokumenten keinen Anlass sieht", heißt es in einer aktuellen Antwort des Gesundheitsministeriums auf Anfrage der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag.

SPD-Fraktionschef Florian von Brunn hatte die Staatsregierung gebeten, "die einschlägigen Akten des Kabinetts, des Gesundheitsministeriums und des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit offenzulegen". Auch das Thema Schulschließungen ist für die Bayerische Landesregierung unter Markus Söder (CSU) kein Thema. Laut dem Ministerium bedürfe es keinerlei nachträglicher Aufarbeitung:

"In der Corona-Pandemie stand der Schutz von Leib und Leben an oberster Stelle. Daher waren aus damaliger Sicht auch die Kita- und Schulschließungen bzw. der Wechselunterricht an den Schulen angemessen und verhältnismäßig."

Das Ministerium verwies in seiner Antwort unter anderem auch auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den entsprechenden Anordnungen. Brunn plädiert hingegen für mehr Transparenz: Auch in Bayern wäre eine Kommission gut, bestehend aus Wissenschaftlern und Vertretern der Politik, ergänzt durch einen Bürgerrat.

"Dass die Regierung Söder sich jetzt weigert, die Akten zu öffnen und alle Maßnahmen immer noch für richtig erklärt, ist da unverständlich", sagte Brunn.

Bayerns Landesregierung verwies ihrerseits auf die vermeintliche "Transparenz" bei der Festlegung der Corona-Verordnungen in einem "demokratisch legitimierten Verfahren": "Der Landtag war in die Entscheidungen eingebunden und hat die Maßnahmen der Staatsregierung mit großen Mehrheiten unterstützt. Die Gesetzes- und Verordnungsregelungen sind jeweils ausführlich amtlich begründet und öffentlich breit kommuniziert worden." Das Ministerium behauptete zudem, die getroffenen Maßnahmen seien in einer Vielzahl von Gerichtsverfahren vor allem auf ihre Verhältnismäßigkeit hin "intensiv überprüft" und in der "deutlich überwiegenden Zahl" als rechtmäßig bestätigt worden.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende betonte, er gehe nicht davon aus, dass Entscheidungen in der Corona-Krise leichtfertig getroffen worden seien. Dennoch hätten viele Kinder und Jugendliche durch die langen Schulschließungen psychische Probleme davongetragen, gerade Familien mit Kindern seien stark belastet gewesen.

"Jetzt zu sagen, dass die Schließungen in dieser Form völlig richtig waren, halte ich für nicht gut."

Brunn verwies zudem darauf, dass selbst Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) eingeräumt habe, dass er die langen Schulschließungen im Nachhinein für einen Fehler halte.

Am Sonntag ergänzte ein Sprecher des Gesundheitsministeriums, Bayern habe aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt und gehandelt, um sich für die Zukunft zu wappnen.

"Es ist unbestritten, dass die Maßnahmen der Bevölkerung viel abverlangt haben – die Corona-Pandemie war aber eine bis zu diesem Zeitpunkt nie dagewesene Herausforderung. Rückblickende Schuldzuweisungen verkennen die damalige Situation völlig."

Klar sei jedoch: Im Falle künftiger Gesundheitskrisen müsse man verstärkt auf jedwede

Belastungen für Kinder achten – etwa wenn es um Kita- und Schulschließungen gehe, so das Ministerium.

* * *

"Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen" – Cum-Ex-Chefermittlerin gibt auf

<https://dert.tech/inland/203470-kleinen-haengt-man-grossen-laesst/>

22.04.2024

Anne Brorhilker war über Jahre leitende Oberstaatsanwältin der Hauptabteilung für die Ermittlungen im Steuerskandal Cum-Ex. Ihre überraschende Kündigung erfolgte mit der Bitte um Entlassung aus dem Beamtenverhältnis. In einem "WDR"-Interview erklärt sie, dass die Macht der Banken über der der Politik stehe.

Noch im Oktober des Vorjahres errang die ambitionierte Kölner Oberstaatsanwältin einen Punktsieg gegen den NRW-Justizminister Benjamin Limbach. Ursprünglicher Plan des Grünen-Politikers war es laut dem *Handelsblatt*, dass die Cum-Ex-Chefanklägerin nach Plänen von Limbach die Hälfte ihrer Abteilung abgeben sollte. Es hagelte Kritik und so sollte nach revidiertem Vorhaben im Verlauf des Jahres 2024 die Hauptabteilung nun auf insgesamt 40 Planstellen anwachsen, inklusive vier zusätzlichen Staatsanwältinnen und Staatsanwälten. Alleinige Chefin der Cum-Ex-Ermittlungen blieb dabei Anne Brorhilker. Jetzt erklärte die Anwältin im Rahmen eines *WDR*-Interviews ihren überraschenden Rücktritt vom Posten als Oberstaatsanwältin und die zudem erbetene Entlassung aus dem Beamtenverhältnis.

Die *WDR*-Redaktion legt zu der Personalie und Entscheidung Brorhilkers dar:

"Ihre Ermittlungen führten zu ersten Urteilen im Milliarden-Steuerskandal und brachten sogar Olaf Scholz in Erklärungsnot [...] Die 50-jährige Oberstaatsanwältin leitet die deutschlandweit einzige Hauptabteilung für Cum-Ex-Ermittlungen, die bei der Staatsanwaltschaft Köln eigens dafür aufgebaut wurde. Sie und ihre Kollegen ermitteln derzeit gegen mehr als 1.700 Beschuldigte."

In dem Interview möchte sich Brorhilker nicht zur Causa Scholz äußern, da ihr aufgrund laufender Ermittlungen und Verhandlungen jegliche Aussagen oder Andeutungen verboten wären, so Darlegungen im Interview. Der sogenannte Cum-Ex-Skandal beschäftigt sich mit dem justiziablen Agieren von Bankern, Beratern und Aktienhändlern, die sich über Jahre – von der Politik größtenteils gedeckt – "Steuern erstatten ließen, die nie jemand gezahlt hatte", so der *WDR* darlegend. Die deutschen Steuerzahler mussten diese kriminelle Energie mit geschätzten zwölf Milliarden teuer gegenfinanzieren.

Brorhilker erklärt in dem Interview zu den Gründen ihres Rückzugs:

"Ich war immer mit Leib und Seele Staatsanwältin, gerade im Bereich von Wirtschaftskriminalität, aber ich bin überhaupt nicht zufrieden damit, wie in Deutschland Finanzkriminalität verfolgt wird. Da geht es oft um Täter mit viel Geld und guten Kontakten, und die treffen auf eine schwach aufgestellte Justiz. Dann haben wir den Befund: Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen."

Wenig Vertrauen, bis hin zu purer Enttäuschung, sei im Verlauf der Jahre ihr Verhältnis zur verantwortlichen Politik. So würde ungehindert massiver Steuerdiebstahl stattfinden, da weiterhin keinerlei Kontrollen von Banken und Aktienmärkten stattfänden sowie ausreichendes Personal in der Strafverfolgung akut fehle. Die Anwältin erklärt:

"Wenn keine Kontrolle passiert durch staatliche Organe, dann greifen die Menschen in die Auslagen. Aber wenn da eine Videokamera über der Auslage installiert ist, dann denkt man dreimal darüber nach, ob man zugreift."

Die Politik, so Brorhilkers unmissverständlicher Vorwurf im Interview, habe elf Jahre nach Bekanntwerden der ersten Cum-Ex-Fälle "noch immer nicht hinreichend reagiert." Steuerdiebstähle würden nicht gestoppt. Cum-Ex-Nachfolgemodelle, wie bei einem "Hase-und-Igel-Spiel", würden bekannt sein und erneut geduldet. Die bis dato von Brorhilker angeführte Hauptabteilung Cum-Ex bei der Staatsanwaltschaft Köln ermittelt aktuell gegen mehr als 1.700 Verdächtige.

Ihre Entscheidung, nun die Staatsanwaltschaft zu verlassen, könne man damit vergleichen, "als wenn ein Arzt entscheidet, nicht mehr länger einzelne Kranke zu behandeln, sondern in die Forschung geht, um eine Therapie zu entwickeln, das Übel quasi an der Wurzel zu fassen", so Brorhilker gegenüber dem WDR erläuternd. Die Gruppe der "Banken-Lobbyisten" stelle weiterhin die größte ihrer Art im Deutschen Bundestag. Sie habe laut Interview in den vergangenen zehn Jahren gemerkt, "wie schwer es ist, Unterstützung für die Cum-ex-Ermittlungen zu bekommen." Behörden und Politik hätten zwar verstanden, dass es angesichts der Milliarden Schäden ein wichtiges Thema sei. Die Zuständigkeiten seien jedoch zersplittert geblieben.

"Und es war auch nicht so, dass die Politik da einen Schwerpunkt gesetzt hat."

Ein WDR-Artikel erinnert an die erfolgreiche und effektive Arbeit der Ermittlerin:

"Die Strafverfolgerin ermittelt seit 2012 Cum-Ex-Fälle. Gemeinsam mit ihrem Team gelang es ihr, Kronzeugen zu gewinnen, die über die verborgenen Geschäfte erstmals auspackten. Ihre Anklage führte 2019 zum ersten rechtskräftigen Urteil. Später brachten die Ermittler den einst in die Schweiz geflohenen 'Mr. Cum-Ex' Hanno Berger in Deutschland vor Gericht. Der Steueranwalt wurde vor dem Landgericht Bonn zu acht Jahren Gefängnis rechtskräftig verurteilt."

Es waren Brorhilkers Ermittlungen zur Hamburger Privatbank MM Warburg, die im Verlauf der Recherchen dann auch Bundeskanzler Olaf Scholz zum juristischen Rapport bestellten. Dies bezogen auf seine fraglichen Privatkontakte als Hamburger Bürgermeister zum leitenden Warburg-Bankchef Christian Olearius. Am 22. April heißt es zu den Ermittlungen gegen Olearius:

"Der frühere Warburg-Bankchef Christian Olearius ist vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit einer Beschwerde wegen der Veröffentlichung von Tagebuchzitaten gescheitert. Das Gericht teilte in Karlsruhe mit, dass die Verfassungsbeschwerde unzulässig sei und nicht zur Entscheidung angenommen werde."

Tagebucheinträge offenbarten im Vorjahr die vor Gericht bedingt glaubwürdig formulierten "Gedächtnislücken" des heutigen Kanzlers Scholz, bezüglich mehrerer nachweislicher Treffen mit Olearius. Der N-TV-Artikel fasst zusammen:

"Der Artikel, den die Süddeutsche Zeitung im September 2020 veröffentlichte, handelte von einer möglichen Einflussnahme der Hamburger Politik – Scholz war dort von 2011 bis 2018 Erster Bürgermeister – auf Entscheidungen der Finanzbehörde. Die Hamburger Steuerverwaltung hatte 2016 auf die Rückzahlung von 47 Millionen Euro durch die Warburg-Bank verzichtet."

Brorhilker wird demnach zukünftig neue leitende Geschäftsführerin der Nichtregierungsorganisation "Finanzwende", die sich unter anderem für die "Bekämpfung von Finanzkriminalität" einsetzt. "Die Bewerbung von Anne Brorhilker hat mich überrascht", so der

Geschäftsführer Gerhard Schick auf der Webseite der NGO. Schick war selber von 2005 bis 2018 Grünen-Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit Juli 2018 ist er Vorstand des Vereins *Bürgerbewegung Finanzwende*.

* * *

Vom Schmuttelkind zur "Systemrelevanz": Die "Rehabilitierung" Rheinmetalls in den Mainstream-Medien

<https://dert.tech/inland/203642-vom-schmuttelkind-zur-systemrelevanz-rehabilitierung/>
23.04.2024

Einst eher als Schmuttelkind der Industrie gehandelt, wird der Rüstungskonzern Rheinmetall nun von Politik und Medien hofiert. Die Informationsstelle Militarisierung hat analysiert, in welchem Ausmaß die Mainstream-Medien dem Rüstungskonzern eine Plattform boten und so den öffentlichen Diskurs verschoben.

Einst galt Rheinmetall als "Schmuttelkind" der deutschen Industrie, doch mittlerweile wird das Rüstungsunternehmen im Rahmen der "Zeitenwende" nicht nur von der Politik, sondern auch von den Mainstream-Medien hofiert.

Eine Analyse der *Informationsstelle Militarisierung*, einem Verein aus dem linksalternativen und der Friedensbewegung nahestehenden Spektrum, hat nun analysiert, wie es dazu kommen konnte, dass der Konzern nicht nur von der Politik, sondern "auch von der öffentlichen, medial vermittelten Meinung mehr Akzeptanz und Legitimität erfährt als zuvor".

Entscheidend für das Unternehmen war demnach die Eskalation des Konflikts in der Ukraine seit dem Februar 2022. Seitdem erlebe das Unternehmen einen Imagewandel vom "eher unsympathischen Geschäftemacher mit Krieg und Tod zum geschätzten Partner" der Politik.

In seiner Analyse stellte der Autor Jonas Uphoff fest, dass in fünf ausgewählten Medien (*Welt, taz, Süddeutsche Zeitung, Spiegel* und *Zeit*), deren Berichterstattung vom 1. Januar 2018 bis zum 1. Januar 2024 untersucht wurde, die Kritik an Rheinmetall seit dem 22. Februar 2022 deutlich nachlasse. Während in den Jahren zuvor noch regelmäßig die Waffenverkäufe an Saudi-Arabien oder die Türkei kritisiert worden seien, seien diese Stimmen mittlerweile weitgehend verstummt.

Der Imagewandel für Rheinmetall lasse sich allerdings nicht direkt auf eine "Heiligsprechung" oder eine positive Verklärung von Rheinmetall zurückführen. Stattdessen werde ein Narrativ vom Zweck, der die Mittel heilige, bedient. Der "gute Zweck", die Ausrüstung des deutschen Militärs und vor allem die Unterstützung der Ukraine mit Waffenlieferungen, werde dabei grundsätzlich nicht hinterfragt. Die Konfrontation mit Russland werde als eine Art Naturgesetz hingestellt, dem "Europa" unterworfen sei. Der Politik werde vorgeworfen, dies nicht erkannt und nicht entschieden genug reagiert zu haben.

Einigkeit bestehe lediglich darin, dass der Konzern ein Profiteur der globalen Entwicklung zu mehr Krieg und Militär, eines "Rüstungsbooms", sei. Die eigene Rolle bei der Diskursverschiebung werde jedoch von keinem Medium thematisiert. Der Image-Wechsel der Rüstungsindustrie wird monokausal auf politische Entwicklungen zurückgeführt, ohne zu untersuchen, auf welche Art und Weise er stattfindet. Medial wird zudem das Narrativ einer "dynamischen" Rüstungsindustrie und einer langsamen, schwerfälligen Politik konstruiert. In der Analyse heißt es diesbezüglich:

"Im Kontext der nachdrücklichen Forderungen, Panzer und Munition zu liefern ('Free the Leos') wurde zu Zeiten, in denen diese am präsentesten waren, von 'Medienkampagnen' gesprochen. Der

Begriff ist aber etwas irreführend, denn er suggeriert eine Art einheitliche Planung und Durchführung. Die Realität ist wesentlich komplizierter und erschreckender: Eine einheitliche politische Position und Forderung setzte sich, getragen von Petitionen, privaten und öffentlichen Medien, innerhalb kürzester Zeit durch und hatte eine Zeit lang unumstritten die hegemoniale Position im Diskurs inne. Die vermeintlich schwerfällige Politik kam den Ansprüchen dieses Diskurses nicht schnell genug hinterher. Rheinmetall positionierte sich in diesem Diskurs bestimmt, aber diskret: Indem der Konzern der Regierung sowohl zur Ausstattung der Bundeswehr als auch zur Unterstützung der Ukraine Angebote aus ihrem Repertoire machte, brachte sich der Konzern damit als relevanter politischer Akteur in Position."

Das von den Medien verbreitete Narrativ lautet also: Die Rüstungsindustrie könne und wolle sofort liefern, aber die Politik verschleppt es und lässt sie nicht. Insbesondere Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die damalige Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) waren damals Zielscheibe der sogenannten "Leitmedien". Dass es neben der vermeintlich schleppenden Bürokratie auch materielle Gründe hatte und die Rüstungsindustrie später selbst einräumte, dass die Lieferung von instand gesetzten Leopard-Kampfpanzern Zeit benötigt, wurde erst ignoriert und erst dann zögerlich thematisiert, als die politischen Entscheidungen für Panzerlieferungen bereits gefallen waren.

Uphoff stellt in seiner Analyse zudem fest, dass viele Journalisten zu "Amateurexperten in Sachen Rüstungstechnologie" geworden seien. Der Fokus auf technologische Zweckmäßigkeit unter Ausblendung des Zwecks habe eine Enttabuisierung und Normalisierung von Kriegsgerät zur Folge, teils werde die Rüstungstechnik aber auch ästhetisiert. In besonders peinlicher Weise steche hier die *Welt* heraus: So schwärme ein Reporter des Springer-Blattes in "fast libidinösen" Tönen vom Besuch einer Waffenmesse. Die Bewunderung, die einige dieser neuen Experten an den Tag legen würden, bleibe selbst hinter der Werbung auf Rheinmetalls eigener Website noch zurück. Beispielhaft erwähnt wird auch die Doku "Inside Rheinmetall", welche trotz einiger kritischer Fragen den etablierten Diskurs weiter reproduziert und verfestigt:

"Trotzdem erfüllt der ARD-Film so effektiv eine Werbefunktion für Rheinmetall, die keine konzerneigene Reklame in der Form hinbekommen hätte."

Weiterhin lasse sich feststellen, dass Rheinmetall-CEO Armin Papperger "vom Underdog zum Helden der Stunde" stilisiert wurde. In den vergangenen zwei Jahren habe sich der Rheinmetall-Vorstand zu einer festen Instanz in der öffentlichen Debatte etabliert. Die Bühne hierfür werde bereitwillig von fast allen untersuchten Medien geboten, und diese Bühne werde Rheinmetall auch nicht mehr so schnell verlassen. Der Konzern sei, so das Fazit des Autors, gekommen, um auf der Bildfläche zu bleiben.

Gelohnt habe sich diese Verschiebung des öffentlichen Diskurses für den Konzern allemal: Da die Investition in die europäische oder deutsche "Sicherheit" nun als guter Zweck Greenwashing und Nachhaltigkeitskriterien überflügelt, wird wesentlich mehr in die Rüstungsindustrie investiert:

"Stand Ende März 2024 ist die Rheinmetall-Aktie die meistgehandelte Aktie des DAX und erreichte mit ca. 520 Euro ihren bisher höchsten Kurs. Im Vergleich dazu dümpelte ihr Wert im Dezember 2021 zwischen 70 und 80 Euro herum."

Zwar sagen die Aktienkurse nichts über tatsächliche Wertproduktion aus, zeigen jedoch die Erwartung von Aktionären an das Unternehmen, zukünftig ordentlich Profit zu machen.

* * *

Letland verbietet Russisch als zweite Fremdsprache in Schulen

<https://dert.tech/europa/203692-lettland-verbietet-russisch-als-zweite/>
24.04.2024

Die lettische Regierung hat beschlossen, Russisch als zweite Fremdsprache an den Schulen ab 2026 zu verbieten. Stattdessen können Schüler eine der EU-Sprachen zum Erlernen auswählen. Derzeit ist Russisch die zweithäufigste Sprache in Lettland.

Seit Kriegsbeginn zwischen Russland und der Ukraine setzt Lettlands Regierung die Verschärfung ihrer Politik gegenüber der russischen Sprache fort. Ab dem 1. September 2025 werden lettische Schüler Russisch nicht mehr als zweite Fremdsprache lernen können, hat die Regierung am Dienstag beschlossen.

Die neuen Vorschriften sehen eine schrittweise Abschaffung der russischen Sprache vor. Nur EU-Sprachen sowie die Sprachen der Staaten der Eurozone werden zur Auswahl stehen. Jene Schüler, die Russisch als zweite Fremdsprache bereits gewählt haben, können sie bis zum Schulabschluss weiter lernen.

Derzeit wird Englisch als erste Fremdsprache in allen lettischen Schulen unterrichtet, eine zweite können Schüler erst nach Abschluss der Grundschule lernen. Nach Angaben des Nachrichtenportals *Delfi* wird Russisch derzeit in fast der Hälfte aller lettischen Schulen als zweite Fremdsprache unterrichtet. Die Behörden versuchten, Französisch und Deutsch zu fördern, in der Praxis allerdings lernten die Schüler am häufigsten Russisch, da es keine Beschränkungen für die Auswahl einer zweiten Fremdsprache gebe, berichtet die Nachrichtenplattform *RBK*.

Außerdem gebe es in den Schulen nicht genügend Lehrer für andere Sprachen. In der Übergangszeit plane die Regierung, das Problem des Lehrermangels zu lösen. Deswegen werde Russisch schrittweise durch Deutsch, Französisch, Spanisch und weitere Sprachen ersetzt, heißt es.

Russisch als zweite Fremdsprache in den Schulen sei nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine "für einen großen Teil der lettischen Gesellschaft nicht akzeptabel", erklärte Anda Čakša, die lettische Ministerin für Bildung und Wissenschaft, auf einer Kabinettsitzung am Dienstag. "Daher ist es selbstverständlich, dass wir einen Weg für die Entwicklung der nationalen Bildung auf der Grundlage des europäischen Kulturraums und der europäischen Werte beschreiten", so Čakša.

Im September vergangenen Jahres hatte Lettlands Parlament ein neues nationales Sicherheitskonzept gebilligt. Ab dem 1. Januar 2026 dürfen lettische öffentlich-rechtliche Medien keine Sendungen in russischer Sprache ausstrahlen.

Maria Sacharowa, die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, bezeichnete die Politik der lettischen Regierung bezüglich der russischen Sprache als "chauvinistischen Nationalismus". Die Behörden des Landes "haben auf legislativer Ebene die Bedrohung der nationalen Sicherheit mit der Tatsache gleichgesetzt, dass die Menschen im Lande weiterhin auf Russisch sprechen, denken und Nachrichten lesen", so Sacharowa.

Russisch ist nach Lettisch die am häufigsten gesprochene Sprache des Landes. Im vergangenen Jahr lag der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung in Lettland mit rund 445.600 Personen bei 23,6 Prozent, von denen mehr als 298.000 die lettische Staatsbürgerschaft besaßen. Im Besitz der russischen Staatsangehörigkeit waren 37.900 Menschen.

* * *

Pistorius über drohenden Krieg mit Russland: "Wir geben jetzt wirklich Gas"

<https://dert.tech/inland/203816-pistorius-ueber-drohenden-krieg-mit/>
25.04.2024

Die Ukraine habe "alle Chancen", den Krieg gegen Russland zu gewinnen, so Boris Pistorius in der ARD-Sendung von Sandra Maischberger. Darin konstatierte der Verteidigungsminister, dass die "Friedenszeiten" vorbei seien - und man sich auf einen direkten Krieg mit Russland vorbereiten müsse.

Der Bundesminister der Verteidigung Boris Pistorius war gestern Abend zu Gast in der ARD-Sendung *Maischberger*. Das dominierende Thema war natürlich der Ukraine-Krieg – und natürlich kam die Moderatorin Sandra Maischberger dabei auch auf die Blockade der Taurus-Lieferungen durch den Bundeskanzler zu sprechen. Pistorius verteidigte die Haltung von Olaf Scholz und berief sich in diesem Zusammenhang auf die nationale Sicherheit:

"Es gibt Aspekte einer solchen Entscheidung, die sind so bedeutend für die nationale Sicherheit, dass man sie nicht öffentlich diskutiert. ... Wenn ich über Nationale Sicherheit rede, dann rede ich nur darüber, dass ich nicht darüber reden werde, Geheimes öffentlich zu machen."

Für diese Äußerung erhielt der Minister von dem eingeladenen Publikum starken Applaus. Sodann machte der Pistorius deutlich, was ihn an der Debatte in Deutschland stört: "Wir tun immer noch so, als würden wir in Friedenszeiten leben."

Danach machte der SPD-Politiker mit anderen Worten klar, was er meint: Der Ukraine-Krieg ist Deutschlands Krieg. Und in diesem Krieg würden die Russen "viel in die Waagschale" werfen und Menschen "im schlimmsten Sinne des Wortes als Kanonenfutter" benutzen – "Verluste spielen keine Rolle", behauptete Pistorius.

Die Moderatorin Maischberger konfrontierte den laut Umfragen beliebtesten deutschen Politiker mit dessen früherer Warnung, dass es in "fünf bis acht Jahren" einen Angriff Russlands auf NATO-Gebiet geben könne und dass Politiker der baltischen NATO-Länder einen Angriff sogar in den nächsten ein bis drei Jahren für möglich halten. Ob er denn diese Einschätzung der Balten teile, wollte Maischberger anschließend von Pistorius wissen.

Der Minister antwortete, das sei am Ende ein Blick in die Glaskugel, und vermochte nicht plausibel zu erklären, warum auch er selbst vor einem russischen Angriff in den kommenden Jahren warnt. Er verwies lediglich darauf, "was die Militärexperthen und die Rüstungsexperthen sagen", nämlich dass "Russland gerade aufrüstet" – wobei es zu dieser Erkenntnis in der Phase des Krieges in der Ukraine eigentlich keiner Experten bedarf.

Und während Russland nach Ansicht von Pistorius dabei extrem hohe Verluste zu beklagen habe und "wahnsinnig viele Ressourcen in diesem Krieg" verbrauche, gehe "ein großer Teil oder ein Teil dessen, was neu produziert wird, gar nicht mehr an die Front", sondern lande "in den Depots".

Und aus dieser Vorratshaltung schlussfolgert Pistorius, dass sich dahinter Pläne des russischen Präsidenten Wladimir Putin für einen Angriff auf die NATO verbergen:

"Jetzt kann man naiv sein und sagen, das macht er nur aus Vorsicht. Ich würde eher als skeptischer Mensch sagen in dem Fall, das macht er, weil er im Zweifel irgendwas vorhat oder haben könnte. ... Wir müssten dann verteidigungsfähig, kriegstüchtig sein, um den

Krieg führen zu können, der uns dann aufgezwungen wird. Aber deswegen geben wir ja jetzt wirklich Gas, tun alles, was wir können, um die Streitkräfte in Europa, in der NATO, entsprechend auszustatten."

Der ebenfalls in dieser Sendung anwesende bekannte Kabarettist Urban Priol bescheinigte dem Bundesverteidigungsminister, "seriös" zu wirken. Und die Zeit-Journalistin Mariam Lau attestierte Pistorius, "keinen Scheiß" zu reden. Dabei scheint ihr aber eine nur schwer ernst zu nehmende Äußerung von Pistorius im Gespräch mit Maischberger entgangen zu sein: "Die Ukraine hat alle Chancen, den Krieg zu gewinnen."

* * *

Analyse

WHO-Pandemievertrag: Für den Profit von Big Pharma – nicht für die Gesundheit der Bürger

<https://dert.tech/inland/203112-who-pandemievertrag-den-fuer-profit-von-big-pharma-nicht-fuer-die-gesundheit-der-buerger/>

19.04.2024

Mit ihrem neuen Buch "Der WHO-Pandemievertrag – Der finale Angriff auf Ihre Freiheit" möchte die Medizinrechtlerin Beate Bahner über den fatalen Angriff auf die Selbstbestimmung von Bürgern und Staaten aufklären. Gut verständlich berichtet sie über die Macher und ihre Ziele.

Von Felicitas Rabe

Anfang April veröffentlichte die Medizinrechtlerin Beate Bahner ihr neues Buch "Der WHO-Pandemievertrag – Der finale Angriff auf Ihre Freiheit". Es soll der Aufklärung der Bürger über den Angriff auf staatliche Souveränität und die körperliche Selbstbestimmung dienen und ist nach eigener Aussage ihr bisher wichtigstes Buch.

Die Repräsentanten der 194 Mitglieder der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kommen am 27. Mai in der Schweiz zusammen, um über die Machtausweitung der UN-Behörde zu entscheiden. Nach den Plänen der WHO sollen die staatliche Souveränität und das körperliche Selbstbestimmungsrecht der Menschen abgebaut werden. Ganz konkret sollen die WHO-Mitglieder bei der Versammlung im Mai ein seit Jahren geplantes internationales Pandemie-Abkommen unterzeichnen und der Neuregelung von bereits bestehenden Internationalen Gesundheitsregeln (IHR) zustimmen.

Warnung vor einer globalen Gesundheitsdiktatur

In ihrem neuen Buch warnt Bahner eindringlich vor den Folgen einer solchen Entscheidung nicht nur für das Gesundheitswesen, sondern für die Demokratien insgesamt. Mittels der neuen Verträge soll die WHO Machtbefugnisse erhalten, die bei jedweder Ausrufung einer Pandemie die Macht von staatlichen Regierungen aushebeln. Die Nationalstaaten sollen sich per Vertrag verpflichten, von der WHO verordnete Maßnahmen mittels nationaler Behörden durchzusetzen und zu überwachen: Seien es Lockdowns, Zwangsimpfungen, Reisebeschränkungen, Quarantänen oder sonstige medizinische Maßnahmen. Dabei sei es der WHO freigestellt, Maßnahmen auch schon präventiv, im Pandemieverdachtsfall, oder bei anderen Gesundheitskatastrophen wie zum Beispiel einem mutmaßlichen "Klimanotstand" anzuordnen.

Bahner bezeichnet diese Pläne als "globale Gesundheitsdiktatur" mit "medizinischem Kriegsrecht". Auf der Grundlage von rund 900 Originaldokumenten erklärt die Rechtsanwältin in verständlicher Sprache die Details der internationalen Gesundheitsverträge. Sie identifiziert die beteiligten Organisationen, Netzwerke und Profiteure sowie deren Ziele. Dem Leser wird ein umfassender Hintergrund über die WHO, deren Ziele und Akteure präsentiert.

Das übersichtlich strukturierte Buch kann dem Leser dabei auch als Nachschlagewerk dienen, um bestimmte Hintergründe und Themen zum Pandemievertragskomplex schnell zu finden. So kann man sich zum Beispiel darüber informieren, wie die Einführung digitalen Geldes und eines

digitalen Impfzertifikats mit den Kontrollplänen der WHO-Weltregierung zusammenhängen. Oder man kann erfahren, warum die WHO-Lobby (die Pharmaindustrie) sich so vehement für die Abschaffung des Patientendatenschutzes einsetzt. Dargestellt werden auch die vorgesehenen Zensurbefugnisse der WHO in Bezug auf abweichende Meinungen in Medien und digitalen Plattformen. Wie die Zensur auch praktisch mittels Diffamierung und Kriminalisierung durchgesetzt wird, davon konnte man während der COVID-19-Pandemie schon mal einen Vorgeschmack bekommen. Gemäß den geplanten Änderungen der Internationalen Gesundheitsregeln soll zukünftig die WHO zentral für Zensurmaßnahmen zuständig sein.

Informationen über weltweiten Widerstand

Die Juristin belässt es aber nicht bei der Beschreibung und der Warnung vor einer düsteren Gesundheitsdiktatur, in der Andersdenkende mit bereits formulierten Gesetzesvorhaben kriminalisiert werden sollen. Die Medizinrechtlerin macht uns auch Hoffnung: Im Kapitel "Weltweiter Widerstand gegen den Pandemievertrag" verschafft sie einen Überblick über weltweite Widerstandsinitiativen. Sie stellt alternative Medien und Journalisten vor, die ihre Zuschauer regelmäßig über die Pläne der WHO aufklären. Sie berichtet über exzellente juristische Klagen und parlamentarische Anfragen, die von internationalen Anwaltskollegen auf den Weg gebracht wurden und noch werden.

Aus Deutschland stellt sie unter anderem auch zwei bereits auf den Weg gebrachte Petitionen vor: Bei der Petition "Bekämpfe die Machtergreifung der WHO" handelt es sich um einen offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz, der bis Juli 2023 bereits von einer halben Million Bürger unterschrieben wurde. Der Verein MWGFD (Mediziner und Wissenschaftler für Aufklärung, Gesundheit, Freiheit und Demokratie e. V.) publizierte hierzulande einen Fragenkatalog mit insgesamt 75 Fragen an die Abgeordneten zu den Plänen der WHO.

Die zunächst nur deutschsprachige Anwaltsvereinigung "Anwälte für Aufklärung" vernetzte sich inzwischen mit Juristen auf der ganzen Welt, um das Abkommen in letzter Minute noch zum Scheitern zu bringen. Denn was viele Menschen hierzulande nicht wüssten: In der EU existiert bereits eine "Pandemie"-Verordnung. Hier gibt es auch schon die entsprechenden Regionalbehörden, die die jeweils angeordneten "Gesundheits"-Maßnahmen überwachen. Um die Entwicklung aufzuhalten, ist also höchste Eile geboten.

Worum geht es den Akteuren und Lobbyisten des WHO-Vertrags?

Unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes gehe es tatsächlich um ganz andere Interessen, schreibt die Rechtsanwältin: Die Maßnahmen dienen "nämlich der dauerhaften globalen Überwachung aller Bürger dieser Welt mittels Datensammlung, Digitalisierung und Verpflichtung zu Impfausweisen". Dabei werde "globale Gesundheit" sowieso nur zu einem geringen Teil durch ärztliches Handeln, Impfstoffe und Medikamente beeinflusst. Lebensbedingungen, Ernährung und Hygiene spielten bei der Gesundheit der Menschen eine viel entscheidendere Rolle als medizinische Behandlung. Insbesondere wirkten sich auch Arbeitsbedingungen und ihre wirtschaftliche Lage auf Körper und Psyche der Menschen aus. Daher sei es absurd, dass die Staaten zukünftig Milliarden von Steuergeldern an die WHO abtreten sollten, um sie auf Konten von Pharmaindustrie-Aktionären weiterzuleiten.

Bahners Anliegen: Aufklärung von Bürgern und Politikern für den Erhalt der Souveränität und der Selbstbestimmung

Vom Journalisten Helmut Reinhard wurde die Juristin in der YouTube-Sendung *Politik Spezial* am 3. April nach den bedeutsamsten Akteuren hinter dem WHO-Abkommen und nach deren Zielen

gefragt: Neben dem angeblichen Philanthropen Bill Gates und seiner Stiftung spielten der Wellcome Trust und die Rockefeller-Stiftung führende Rollen. Die Rockefeller-Stiftung beteilige sich seit 100 Jahren an der Pharmaindustrie.

Für diese Stiftungen "ist es Sinn und Zweck des mit Pandemien Geld zu verdienen, Daten zu sammeln, und Kontrolle auszuüben. Die Bürger und deren Gesundheit sind im Ranking ganz unten."

Jeder einzelne Bürger in jedem Land müsse darüber aufgeklärt werden, welche totalitären und staatszersetzenden Pläne sich hinter den beiden Rechtsvorhaben der WHO verbergen. Das sei das Hauptanliegen ihres Buches, erklärte die Medizinrechtlerin. Engagierte Bürger und Unternehmen sollten dieses Buch zudem möglichst allen Abgeordneten des Bundestags und aller Landtage zukommen lassen, um die Politik gegen die WHO-Pläne zu mobilisieren. Politiker sollten sich später nicht mehr darauf berufen dürfen, sie hätten das Ausmaß der WHO-Verträge nicht gekannt und "in gutem Glauben" gehandelt.

Das Buch kann allen Menschen empfohlen werden, die sich über den gefährlichen politischen Scheideweg informieren wollen, an dem sich die Weltgemeinschaft aktuell befindet. Es geht aktuell um unser aller Recht auf gesundheitliche Selbstbestimmung und Meinungsfreiheit sowie um unsere demokratischen Grundrechte. Möge Bahners Arbeit dazu beitragen, dass die Menschen die geplante Gesundheitsdiktatur aufhalten.

*Die Fachanwältin für Medizinrecht **Beate Bahner** klärt seit März 2020 über die Rechtswidrigkeit der Coronamaßnahmen in Deutschland auf. Im April 2020 reichte sie gemeinsam mit anderen Anwälten einen Eilantrag gegen den staatlich verordneten Lockdown ein. Seither engagiert sie sich mit Herz und Verstand für den Erhalt der Souveränität der Staaten und des Selbstbestimmungsrechts der Bürger. Regelmäßig informiert sie dazu auf ihrem Telegram-Kanal. Sie schrieb sie mehrere Fachbücher zur Corona-Aufklärung, darunter 2021 den Spiegelbestseller "Corona-Impfung: Was Ärzte und Patienten unbedingt wissen sollten". Ihr neues Buch "WHO-Pandemievertrag – der finale Angriff auf Ihre Freiheit" erschien Anfang April im Kopp-Verlag.*

* * *

Polens Präsident Duda spricht bei Trump in New York vor

<https://dert.tech/international/203240-polens-praesident-duda-spricht-bei/>

20.04.2024

Andrzej Duda besuchte den einstigen US-Präsidenten Trump. Sicher war das Treffen weder auf der Wunschliste der Biden-Regierung noch auf der in Brüssel oder Warschau. Das ist aber nicht der einzige Aspekt, mit dem Duda von der durch die Warschauer Führung vorgelebten Linie abweicht.

Von Elem Chintsky

Die neue, neoliberale Regierung Polens hatte kürzlich erst 125 Amtstage seit ihrem knappen Wahlsieg letzten Dezember nur schleppend und mit weiterhin ungelösten, internen Krisen hinter sich gebracht, als ihr Chef, Donald Tusk, von der Notwendigkeit sprach, die EU bald als den größten Hegemon in die große weite Welt ausfahren lassen zu wollen.

Währenddessen verbringt aber das der PiS nahestehende polnische Staatsoberhaupt den Ausklang seiner zweiten und somit letzten Amtszeit damit, den wahrscheinlichsten Anwärter auf die neue US-Präsidentschaft in dessen Heimatstadt New York zu besuchen: Donald J. Trump, seinen

ehemaligen Amtskollegen in den Jahren 2017 bis 2021. Laut den Äußerungen beider Seiten sprach man über den Ukrainekrieg und den Gazakrieg. Duda versicherte erneut, dass die Notwendigkeit der zweitrangigen NATO-Staaten – also aller anderen, außer den USA –, ihre Militärausgaben und BIP-Beiträge für das Bündnis signifikant zu erhöhen, weiterhin steht. Das ist also dieselbe Rhetorik wie vor sieben Jahren, als beide Männer noch am Anfang ihrer Präsidentschaften waren.

Im Hintergrund dazu tobt der immer größer werdende Widerstand polnischer Bauern – manifestiert vor allem an der südpolnisch-ukrainischen Grenze –, der sich nach seinen letzten Höhepunkten in den Monaten Februar und März seit Donnerstag wieder zu verschärfen beginnt. Die Bauern sehen ihr eigenes landwirtschaftliches Produkt, damit ihr Gesamtgeschäft und letztendlich ihr berufliches Dasein durch die von Brüssel von oben genehmigte Flutung des EU-Marktes mit billigen ukrainischen Agrarprodukten existenziell gefährdet. Dieser Widerstand hat direkten Einfluss auf die öffentliche Meinung innerhalb Polens und die langfristige Bewertung sowohl des Konfliktes zwischen der Ukraine und Russland als auch somit des gesamten NATO-Bündnisses mit der Russischen Föderation – selbst wenn die polnischen Leitmedien versuchen, diese Prozesse so effektiv wie möglich auszublenden und aus der medialen Wirklichkeitskonstruktion fernzuhalten.

Trump gilt bekannterweise nahezu als Persona non grata für die neoliberal-progressive Brüssel-Clique, darunter nicht nur für die nicht demokratisch ins Amt gekommene EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, sondern eben auch für den ehemaligen EU-Ratspräsidenten Donald Tusk (2014–2019), weil Trump im Kontrast zu deren globalistischen Plänen einer technokratischen Konvertierung der ganzen Welt in eine neoliberal-etatistische, pseudopluralistische Zwangsgenossenschaft stehe.

Wenn man den machtpolitischen Irrsinn von Tusk zu jeglichen künftigen EU-Hegemonieansprüchen irgendwie doch rationalisieren müsste, dann mit dieser Auslegungsschablone: nicht nur Duda, sondern auch Tusk weiß, dass Trump der nächste US-Präsident wird. Der eine entscheidet sich, Trump in New York zu besuchen, der andere spricht öffentlich darüber, wie er und seine EU gar keine Hilfe von "sonst wem" (gemeint ist: von Donald Trump) brauche, da die EU vermeintlich vollkommen eigenständig und als plutokratischer Staatenbund souverän und mit übermäßiger wirtschaftspolitischer Macht ausgestattet sei.

Duda tanzt auch anderswo aus der Reihe

Nur zwei Tage vor seinem USA-Besuch bei Trump führte Duda in einem Interview gegenüber litauischen Medien Dinge an, die nicht von ihm zu erwarten waren. Auf die Frage, wie er die neu aufflammenden Bauernproteste in seinem Land bewertet, erläuterte er:

"Aber das ist wirklich ein Problem für unsere Landwirte, weil Lebensmittel aus der Ukraine billiger sind und die lokalen Märkte zerstören. Unser Markt ist viel kleiner; wir sind nur halb so groß wie die Ukraine. ... Ich möchte besonders auf die industrielle Landwirtschaft hinweisen, die nicht wirklich von Ukrainern betrieben wird, sondern von großen Unternehmen aus Westeuropa, aus den USA. Wenn wir uns heute die Eigentümer der meisten Ländereien ansehen, sind es keine ukrainischen Unternehmen.

Das ist eine paradoxe Situation, und es ist kein Wunder, dass sich die Landwirte wehren, denn sie haben in ihre Betriebe in Polen investiert ... und billige Agrarprodukte aus der Ukraine sind für sie dramatisch schädlich."

Über die Tatsache, dass das faschistische Kiewer Regime über einen Legislatur-Trick von 2021 das enorme, fruchtbare ukrainische Agrarland von ukrainischem Privat- und Staatsbesitz an westliche Agrar-Monopole wie Cargill, DuPont und Monsanto (hinter ihnen BlackRock, Vanguard Group Inc.

und Blackstone) überträgt, berichteten wir bereits im Mai 2022. Im Februar 2023 hatte auch das Oakland Institute diese Tatsachen von weiteren Blickwinkeln her ermittelt, aufgearbeitet und publiziert.

Dass nun ausgerechnet der polnische Staatspräsident diese verschleierte Umstände offen anspricht, bedeutet, dass er wohl auf eine verfassungswidrige 3. Amtszeit sowieso verzichten werde – und demnach auch viel mehr Klartext sprechen könne, als in den letzten Jahren. Wohl aber ließ Duda diese Enthüllungen den litauischen Medien zuteilwerden, statt den eigenen. In jedem Fall gehen solche Äußerungen von hoher Stelle konträr zu den vereinfachten Narrativen, um nicht zu sagen Märchen, der NATO-Medien über einen Kampf um eine demokratische, souveräne und freiheitliche Ukraine – besiegelt durch das freundliche Händeschütteln von Selenskij mit BlackRock, Blackstone und anderen, wie in Davos 2024.

Dass Duda den Lebensabend seiner Amtszeit sichtlich genießt und sich inmitten der immer straffer gegürteten Wirklichkeit europäischer Diskursfreiheit etwas mehr diplomatischen Freiraum erlaubt, zeigte auch unlängst im Februar seine Äußerung bei einem Gespräch im polnischen YouTube-Kanal *Zero*, als er bezweifelte, dass die Halbinsel Krim jemals zu Kiew zurückkehren würde, da sie "historisch speziell" sei und sie die meiste Zeit sowieso "Russland unterstand". Der Präsident zeigte sich im selben Interview jedoch zuversichtlich, dass die Ukraine irgendwann den Donbass zurückerlangen werde. Das half ihm dann aber nicht mehr, die Wogen des Entsetzens und der Anklage seitens der vielen professionellen wie auch der ehrenamtlichen Empörten im eigenen Land wieder zu glätten.

Elem Chintsky ist ein deutsch-polnischer Journalist, der zu geopolitischen, historischen, finanziellen und kulturellen Themen schreibt. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit RT DE besteht seit 2017. Seit Anfang 2020 lebt und arbeitet der freischaffende Autor im russischen Sankt Petersburg. Der ursprünglich als Filmregisseur und Drehbuchautor ausgebildete Chintsky betreibt außerdem einen eigenen Kanal auf Telegram, auf dem man noch mehr von ihm lesen kann.

* * *

Wassermangel in Palästina – Verdurstenlassen mit System

<https://dert.tech/der-nahe-osten/203009-gezielter-wassermangel-in-palaestina-tod/>

21.04.2024

Die Wasserversorgung in Palästina ist seit langem prekär, und insbesondere seit Beginn des Krieges im Gazastreifen katastrophal. Das gilt nicht nur für die zur Verfügung stehende Trinkwassermenge pro Kopf und Tag, sondern auch für die sanitären Verhältnisse und die Hygiene.

Von Maria Müller

Das Trinkwasser in Palästina gehört schon seit vielen Jahren zu den schlechtesten der Welt. Das trockene Klima sorgte schon immer für Wassermangel in dieser Region. Das Süßwasser des Gazastreifens wird zu 30 Prozent von Israel geliefert, das jedoch auch die Elektrizität und den Treibstoff für den Betrieb aller Wasserwerke des Landstreifens in der Hand hat. Israel setzte bislang die Kontrolle der Wasserversorgung der palästinensischen Bevölkerung als ein Mittel ein, mit dem Leben und Gesundheit von rund 5,3 Millionen Menschen systematisch reduziert werden sollen.

Nach einem aktuellen Bericht der Welternährungsorganisation (FAO) umfasste die Wasserversorgung Palästinas im März 2024 nur sieben Prozent des Niveaus vor Ausbruch der Feindseligkeiten. Über ein Viertel der Süßwasserbrunnen sind zerstört. Drei von vier Personen

trinken verseuchtes Wasser. 69 Prozent des Grundwassersystems von Gaza ist kontaminiert, und die israelische Blockade von technischen Geräten und Baumaterialien verhindert den Bau von neuen Entsalzungsanlagen.

Der Wassermangel führt zu katastrophalen humanitären Zuständen

Seit Ausbruch des Krieges wurden im Gazastreifen Brunnen und Wasserwerke samt Leitungen direkt bombardiert, um die Menschen zu vertreiben. Bereits Mitte Oktober 2023 hatte die israelische Luftwaffe sechs Brunnen, drei Wasserpumpstationen und eine Entsalzungsanlage für 1,1 Millionen Menschen zerstört, seitdem ist die Wasserversorgung Palästinas ein permanentes Angriffsziel. Solche Angriffe gab es übrigens auch schon in den Jahren davor.

Bekanntlich stellte Israel sofort nach dem Angriff von Hamas sämtliche Strom- und Wasserleitungen ab. Auch der Kraftstoff für den Betrieb der Wasserwerke in Gaza wurde fast vollständig gekürzt. Zahlreiche palästinensische Orte haben seitdem kein Wasser mehr. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erklärte schon zu diesem Zeitpunkt, dass durch die Stromabschaltungen Brunnen, Entsalzungs- und Kläranlagen sowie sanitäre Einrichtungen nicht mehr arbeiten können.

Gazas strukturelle Abhängigkeit von Israel

Nach dem Urteil mehrerer UNO-Organisationen führt die strukturelle Abhängigkeit des Gazastreifens von Israel dazu, dass jede Blockade der Versorgungskanäle ein willentlich oder zumindest wissentlich in Kauf genommenes Aushungern oder gezielt herbeigeführtes Verdursten bedeutet.

Pedro Arrojo Agudo, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf sauberes Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen, schrieb bereits am 17. November auf X:

#Gaza: Der Tod von Zivilisten durch Verdursten und wasserbedingte Krankheiten ist oft weniger sichtbar und leiser als der durch Bomben verursachte Tod, ist aber genauso tödlich oder sogar tödlicher. Ich fordere #Israel auf, seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und sauberes Wasser und Treibstoff in den Gazastreifen zu lassen.

Die Forderung ist heute noch dringlicher, die tödlichen Maßnahmen wurden inzwischen noch weit übertroffen.

Die *Washington Post* informierte damals darüber, dass

"52.000 schwangere Frauen und über 30.000 Babys unter sechs Monaten gezwungen waren, eine potenziell tödliche Mischung aus Wasser zu trinken, das mit Abwässern und Salz aus dem Meer verunreinigt war."

Wasser als Kriegsbeute – Wasser als Waffe

Israel deckt seinen Wasserbedarf zum größten Teil aus Quellen in den besetzten Palästinenser-Gebieten. Nach dem Sechstagekrieg wurden die palästinensischen Wasservorkommen zu israelischem Staatseigentum deklariert und der Militärkommandantur unterstellt. Im Jahr 1982 übernahm die israelische Firma Mekorot die Verwaltung. Sie versorgt Israel bis heute mit 80 Prozent seines Trinkwassers. Gleichzeitig wurden zahlreiche palästinensische Brunnen enteignet oder zerstört. Dazu kommt der sinkende Grundwasserspiegel, der eine Renovierung der Anlagen erforderlich macht, um in tieferen Schichten wieder Wasser zu erreichen. Allerdings verweigerte

Israel immer wieder die entsprechenden Baugenehmigungen. Israel behielt stets die Kontrolle über den Wasserverbrauch und die Wasserplanung in den palästinensischen Gebieten.

Die Wassermenge zum Überleben

Laut UNICEF braucht ein Mensch zum Überleben circa drei Liter Wasser am Tag, doch internationale Mindeststandards empfehlen 15 Liter. Denn sauberes Wasser ist auch zum Kochen nötig. Doch in der Flüchtlingszone im Süden Gazas steht nur ein Liter pro Kopf zur Verfügung. Die Wasserversorgung im Rafah-Regierungsbezirk an der Grenze zu Ägypten ist quasi zusammengebrochen, und auch die hygienische Situation ist fatal.

Die UNICEF-Exekutivdirektorin Catherine Russell erklärte:

"Der Zugang zu ausreichend sauberem Wasser ist eine Frage von Leben und Tod, und Kinder in Gaza haben kaum einen Tropfen zu trinken. Kinder und ihre Familien müssen Wasser aus unsicheren Quellen verwenden, das stark versalzen oder verschmutzt ist. Ohne sauberes Wasser werden noch viel mehr Kinder an Mangel und Krankheiten sterben."

Für Kinder sind die Auswirkungen besonders dramatisch, da sie auch anfälliger für Dehydrierung, Durchfall, Krankheiten und Unterernährung sind, die allesamt eine Gefahr für ihr Überleben darstellen können. Angesichts des Mangels an sauberem Wasser sind die Befürchtungen in Bezug auf Cholera und chronischen Durchfall besonders groß, die durch verseuchtes Wasser übertragen werden.

Laut UNICEF habe man seit Ausbruch des Konflikts das 20-fache an Durchfallerkrankungen bei Kindern unter 5 Jahren registriert, genauso wie einen Anstieg der Fälle von Krätze, Läusen, Windpocken und Hautausschlägen, sowie 160.000 Fälle von akuten Atemwegsinfektionen.

Kaum sanitäre Einrichtungen

In Notunterkünften warten lange Schlangen von Frauen und Kinder darauf, die durchschnittlich eine Toilette pro 700 Menschen zu benutzen. Duschen sind noch seltener verfügbar, wodurch Hygienemöglichkeiten nahezu nicht vorhanden sind, was vor allem Frauen und Mädchen betrifft. Im gesamten Gazastreifen ist eine Dusche für durchschnittlich 4.500 Menschen vorhanden.

Die Abwässer fließen durch die Straßen und verseuchen die Flüchtlingszelte, in denen Hunderttausende von Menschen im südlichen und zentralen Gazastreifen leben. Dies führt zu einer weiteren Zunahme von Krankheiten. Gesundheitsexperten warnen davor, dass eine halbe Million Menschen innerhalb eines Jahres an Krankheiten sterben könnten.

Seit Beginn der Krise hat UNICEF mit Partnern über 189.000 Menschen mit Hygieneartikeln und mehr als 400.000 Menschen mit Hygiene- und Sanitärdiensten im südlichen Gazastreifen erreicht. Während der humanitären Pause konnte UNICEF trotz äußerst erschwelter Zugangsbedingungen auch den nördlichen Gazastreifen erreichen und 260.000 Liter Wasser und 10.000 Hygienekits verteilen.

Luftangriffe auf Palästinas Wasserversorgung auch in früheren Jahren

Am Mittwoch, dem 8. August 2018, um 22 Uhr, bombardierten israelische Kampfflugzeuge den Sanitärbereich der Gemeinde Al-Mughraqa, mit vier Einrichtungen, darunter ein Reservoir mit einer Kapazität von 250 Kubikmetern Wasser. Der Angriff führte zur vollständigen Zerstörung des Gemeindegebäudes, in dem die Sanitär- und Abwasserdienste betrieben wurden, sowie zur

Zerstörung des Stausees und seiner Leitungen, des Brunnens, der Wasserleitungen und lebenswichtiger Geräte wie Messgeräte, Filter und Pumpen. Der Angriff zerstörte außerdem einen 110-KVA-Stromgenerator, einen 2.800-Liter-Dieselbehälter, eine Dieselpumpe sowie drei Fahrzeuge der Gemeinde und deren Ersatzteile. Einige Häuser in der Nähe wurden teilweise beschädigt.

* * *

"Erstaunliche Stabilität": IWF erhöht Prognose für Russland – und bestätigt ein Wirtschaftswunder

<https://dert.tech/russland/203447-erstaunliche-stabilitaet-iwf-erhoeht-prognose/>

23.04.2024

Russland übertrifft die ganze EU beim BIP-Wachstum. Dabei können sowohl ausländische Institutionen, die den Zusammenbruch der russischen Wirtschaft ankündigten, als auch heimische Experten nur staunen. Denn alle scheinen das russische Wirtschaftswunder nicht wirklich zu begreifen.

Die internationalen Finanzinstitutionen, die noch vor einem Jahr mit dem Zusammenbruch der russischen Wirtschaft rechneten, haben ihre Prognosen erneut angepasst. Nun glauben ihre Experten, dass sich Russland noch besser entwickeln wird als erwartet. So rechnet die Weltbank mit einem Wachstum von 2,2 Prozent bis zum Jahresende, während der Internationale Währungsfonds 3,2 Prozent erwartet.

Im April verbesserte die Weltbank ihre Prognose für das russische BIP-Wachstum im Jahr 2024 auf 2,2 Prozent, heißt es in der aktualisierten Wirtschaftsprognose für die Entwicklungsländer in Europa und Zentralasien. Noch im Januar rechnete die Institution mit nur 1,3 Prozent Wachstum bis Ende des Jahres. Die Prognosen des IWF sind sogar noch optimistischer. Der Fonds hat seine Wachstumsprognose für die russische Wirtschaft im Jahr 2024 von 2,6 Prozent auf 3,2 Prozent angehoben. Internationale Organisationen bestätigen, dass die russische Wirtschaft entgegen den Erwartungen eine "erstaunliche Stabilität" an den Tag legt.

Zugleich werden ausländische Experten – wie etwa die IWF-Direktorin Kristalina Georgiewa – nicht müde zu betonen, dass die russische Wirtschaft in der Tat viele Probleme hat und ihr Wachstum nur darauf zurückzuführen ist, dass sie quasi "in den Kriegsmodus" geschaltet wurde. Aber auch sie können das unerklärliche Wachstum der russischen Wirtschaft nicht wirklich begründen. So schreiben zum Beispiel die Autoren des amerikanischen Fernsehsenders *CNBC* enttäuscht:

"Georgiewa sagte, dass ihrer Meinung nach die russische Wirtschaft auch mit Problemen wie der Abwanderung von Fachkräften und dem eingeschränkten Zugang zu Technologien wegen der Sanktionen zu kämpfen hat. Am 8. April räumte sogar die Chefin der russischen Zentralbank, Elwira Nabiullina, ein, dass der Arbeitskräftemangel die Produktion im Lande behindert. Allerdings wächst die Wirtschaft trotzdem noch beeindruckend schnell."

Die positiven Trends in der russischen Wirtschaft sind zum einen eine Folge der großen Ausgaben des Staates und zum anderen ein Resultat des Investitionswachstums im Rahmen der aktiven Entwicklung des Importsubstitutionsprogramms, so die russischen Experten. Trotz aller westlichen Beschränkungen hat die russische Wirtschaft den Zugang zu den großen Weltmärkten sowohl als Käufer als auch als Verkäufer behalten. Die Instrumente für Paralleleinfuhren wurden verfeinert, und es wurden neue Handelskorridore mit befreundeten Ländern eröffnet. In einem Artikel auf dem Portal Prime wird versucht, das russische Wirtschaftswunder zu erklären:

"Die Industrieproduktion in Russland ist im vergangenen Jahr aktiv gewachsen. Ende des Jahres 2023 stieg die Aktivität im Fertigungssektor auf ein Rekordniveau des Jahres 2017. Und die Wachstumsrate der Beschäftigung im realen Sektor war die höchste seit fast einem Vierteljahrhundert. Wie aus den Daten der Statistikbehörde Rosstat hervorgeht, verzeichneten die Branchen, die mit der Herstellung von Computern zu tun haben, im Jahr 2023 das größte Produktionswachstum – 32,8 Prozent, Metallfertigprodukte (außer Maschinen und Anlagen) – 27,8 Prozent. Die Produktion von Fahrzeugen, einschließlich Flugzeugausrüstungen, wuchs um mehr als ein Viertel. 'Die Geschäftstätigkeit in der Industrie wird durch eine hohe Auslastung der Produktionskapazitäten gestützt, dazu kommt eine stabile positive Dynamik bei der Steigerung des Einzelhandelsumsatzes', betont Natalia Pырjewa, Analystin bei 'Zifra Broker'."

Ein weiterer Faktor, der das Wirtschaftswachstum und die wirtschaftliche Stabilität beeinflusst, ist die Auslastung der Produktionsanlagen. Im Jahr 2023 erreicht sie in Russland einen historischen Höchststand von 81 Prozent. Diese Zahlen stammen aus der von der russischen Zentralbank durchgeführten Unternehmensüberwachung. Außerdem ist Russland – dank der Sanktionen – von westlichen Krediten unabhängig geworden. Sie wurden durch inländische Finanzierungen ersetzt, was durch die Stabilität des Bankensystems möglich geworden ist.

In einem Gespräch mit dem Portal *Prime* bemerkt der Wirtschaftswissenschaftler Konstantin Zerasow, dass die russische Wirtschaft dank zweier Schlüsselfaktoren stetig wächst: aufgrund eines starken Anstiegs der Staatsausgaben und einer erfolgreichen Verlagerung des Außenhandels nach Asien. Allerdings scheint diese Verlagerung nicht so sehr das Verdienst des Staates als vielmehr des privaten Wirtschaftssektors zu sein. "Es ist der Marktcharakter der russischen Wirtschaft, der wie ein Rettungsanker wirkt und verhindert, dass sie bei wirtschaftlichen Schocks untergeht", betont der Experte.

* * *

Zerstörung des Fernsehturms in Charkow macht Ukraine eine Reihe von Problemen

<https://dert.tech/international/203653-zerstoerung-des-fernsehturms-in-charkow-machte-ukraine-eine-reihe-von-problemen/>

24.04.2024

Am Montag zerstörten die russischen Streitkräfte den Fernsehturm in Charkow. Experten zufolge hatten die ukrainischen Streitkräfte diese zivile Einrichtung schon vor langer Zeit in eine militärische Einrichtung umgewandelt. Worin lag die Komplexität der Zerstörung des Gebäudes, und wie wird sich dieser Erfolg auf die militärischen Operationen auswirken?

Von Anastassija Kulikowa

Der Fernsehturm in Charkow wurde infolge eines russischen Raketenangriffs zerstört. Wie der Koordinator des (prorussischen) Untergrunds von Nikolajew Sergei Lebedew am Montag sagte, befand sich in der Anlage eine Kommunikationsantenne des ukrainischen Luftabwehrsystems; nach dem Raketeneinschlag funktionierten die ukrainischen Luftabwehrsysteme in geringem Abstand zueinander ohne Kommunikation.

Eine weitere Folge des Zerstörens des Fernsehturms war der Verlust des digital-terrestrischen Rundfunks sowohl in Charkow als auch in den benachbarten Siedlungen. Wie der Leiter der Regionalverwaltung in Charkow Oleg Sinegubow mitteilte, sind Kabel-TV, Radio und Mobilfunk in

Betrieb.

Der Charkower Fernsehturm war der fünfthöchste Fernsehturm in der UdSSR und mit seinen 240,7 Metern das höchste Bauwerk in Charkow. Der gesamte Fernsehzentrumskomplex war am 12. Dezember 1981 in Betrieb genommen worden. Dabei wurden erstmals in der heimischen Praxis die Strukturen des Zubringers und des Aufzugsschachts des Fernsehturms mithilfe des Mi-10K-Frachthubschraubers montiert, beginnend bei der 158-Meter-Marke.

Den Experten zufolge könnte der Angriff von X-59-Raketen durchgeführt worden sein. Die Autoren des Branchen-Telegram-Kanals "Sicht eines Mannes in der Offiziershose mit den Galonstreifen" weisen darauf hin, dass "mit hoher Wahrscheinlichkeit die Steuerung durch den Navigator des Flugzeugträgers über einen Fernsehkanal durchgeführt wurde" und dass mehr als ein Typ Munition abgeschossen wurde. Dabei sei "das Entscheidende an einem solchen Schlag seine höchste Treffergenauigkeit".

Die Analysten machen auch darauf aufmerksam, dass ein solcher Turm neben der zivilen Nutzung auch viele Einrichtungen mit dualer oder rein militärischer Verwendung beherbergt. "Kommunikationssysteme aller Art, Verstärker, Videokameras, usw. All dies ist in einem Kampfumfeld äußerst nützlich, sogar bei der derzeitigen Vielzahl von Drohnen. Jetzt ist das alles zerstört. Es ist unmöglich, den Turm wiederherzustellen. Zumindest bis zum Ende der Kampfhandlungen", meinen die Autoren des Kanals.

"Angriffe auf Kommunikationszentren sind das Allererste, was zur Vorbereitung einer Offensive unternommen wird. Dies ist ein offensichtlicher und nicht der erste Hinweis darauf, dass dies in Richtung Charkow geschehen könnte", so die Analysten.

Auch der Militärexperte Alexei Leonkow meint, dass der Turm zur Platzierung militärischer Ausrüstung diene. "Die Nutzung von Hochhäusern und die Platzierung von z. B. Beobachtungsradaren ist durchaus sinnvoll: Je höher sie installiert sind, desto besser ist die Sicht. Die ukrainischen Streitkräfte trafen solche Maßnahmen aufgrund des Mangels an Langstreckenbeobachtungsradaren für Luftabwehrsysteme wie S-300 oder Patriot. Unsere Drohnen und Flugzeuge fliegen auf sie zu, sie wollen weiter sehen und nutzen alle diese Einrichtungen", erklärte er.

Er fügte hinzu, dass der Turm selbst aufgrund seiner besonderen Konstruktion schwer zu treffen sei. Aus diesem Grund versuchen die ukrainischen Streitkräfte, militärische Ausrüstung auf solchen Konstruktionen zu platzieren, die äußerlich wie gewöhnliche Zivilinfrastruktur aussehen, in Wirklichkeit aber eine Doppelfunktion erfüllen.

"Wir entdeckten, dass eine zivile Einrichtung für militärische Zwecke genutzt wurde – und zerstörten sie millimetergenau. Russland warnte, dass jede zivile Infrastruktur, die für militärische Zwecke genutzt würde, unser legitimes Ziel sei. Während unserer Befreiung von Artjomowsk, Awdejewka und Mariupol installierten die ukrainischen Streitkräfte Überwachungs- und Feuerkorrektursysteme an Häusern und in allen Stockwerken. Und auch diese wurden von uns mithilfe radiotechnischer Aufklärungsstationen entdeckt und zerstört", betonte der Sprecher. Gleichzeitig wies der Militärkorrespondent Alexander Koz darauf hin, dass der zerstörte Fernsehturm in Charkow nicht nur Fernsehsignale und Mobilfunkverbindungen verbreitete, sondern auch als Mast für verschiedene militärische Ausrüstungen diente: Geräte für die radioelektronische Unterdrückung, radiotechnische Aufklärungsgeräte, Verstärker und andere.

"Nicht jeder Profi wird in der Lage sein, ein solches, wenn auch stationäres, aber sehr schmales Objekt mit einer Rakete genau zu treffen", fügte er in seinem Telegram-Kanal

hinzu.

Der Militäranalyst Michail Onufrijenko bezeichnete den Angriff als "einzigartigen Fall". Seiner Meinung nach werden die ukrainischen Streitkräfte nun vor erheblichen Problemen bei der Kommunikation zwischen den Einheiten stehen. "Außerdem ist das gegnerische Luftabwehrsystem in dieser Richtung stark geschwächt", fügt der Sprecher hinzu.

"Hier geht es sowohl um die Luftverteidigung an der Front als auch um die Luftverteidigung in praktisch allen Gebieten des Landes. Die einzige Ausnahme wäre Kiew. Aber auch in der ukrainischen Hauptstadtregion schlagen unsere Soldaten recht erfolgreich zu", betonte der Experte.

Das korrespondierende Mitglied der Akademie der Militärwissenschaften Alexander Bartosch ist überzeugt, dass die Zerstörung des Fernsehturms auch mit der Bedrohung der Region Belgorod durch die ukrainischen Streitkräfte zusammenhängt. "Dieser Turm könnte Drohnen-Zielsysteme für Angriffe auf unsere Städte sowie militärische Kommunikationssysteme beherbergt haben", erklärte er.

"Und hier sollten wir unserem Militär Anerkennung zollen, dem es gelungen ist, ein wichtiges strategisches Ziel trotz des feindlichen Widerstands zu treffen", betonte der Sprecher. Jetzt müsse man damit rechnen, dass die ukrainischen Streitkräfte mit einer Reihe von Schwierigkeiten konfrontiert würden, meinte Bartosch.

"Erstens wird die Stabilität des Verwaltungssystems in der Region gestört. Zweitens wird viele wichtige Kommunikationskanäle unterbrochen. Drittens wird das Ziel- und Navigationssystem für die Drohnen der ukrainischen Streitkräfte eingeschränkt sein. Viertens wird das gegnerische Luftabwehrsystem erheblich geschwächt – die Übermittlung von Daten über die Flüge unserer Flugzeuge und die Flugbahnen von Raketen wird schlichtweg unmöglich", zählte der Sprecher auf. Zusammenfassend betonte Bartosch, dass dadurch unter anderem die russischen Regionen gesichert würden.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 23. April 2024 zuerst in der Zeitung Wsgljad erschienen.

* * *

US-Rüstungspaket wird Kiew nicht retten – selbst alle Waffen der NATO würden es nicht

<https://dert.tech/international/203714-us-ruestungspaket-wird-kiew-nicht-retten/>

25.04.2024

In US-Dollar gerechnet ist das soeben beschlossene Hilfspaket der USA für die Ukraine in der Tat beeindruckend. Was aber kann es in den Realitäten des Krieges bewirken? Und was bräuchte Kiew für einen Sieg über Russland wirklich?

Von Ilja Kramnik

Nach der Ankündigung eines neuen Militärhilfepaketes für die Ukraine werden nun erste Konturen dessen bekannt, was Washington tatsächlich liefern wird. Es wird betont, dass das neue Paket in Geldwerten größer sein wird als der Durchschnittsbetrag der US-Hilfen der letzten Monate und des letzten Jahres (etwa 300 Millionen US-Dollar). Es wird die Lieferung gepanzerter Fahrzeuge umfassen (Bradley Infanterie-Kampffahrzeuge, gepanzerte Mannschaftstransporter M113, gepanzerte Fahrzeuge verschiedener anderer Typen) sowie Artillerie und Luftabwehrausrüstung.

Die Luftverteidigungsausrüstung erhöht die Kosten des Pakets sofort dramatisch: Eine Patriot-Batterie kostet etwa 1 Milliarde US-Dollar, ein NASAMS-Luftabwehrsystem etwa 300 Millionen US-Dollar. Wird eine Batterie von beiden, sogar mit Munition, übergeben, fällt dies mit weit über 1,5 Milliarden US-Dollar ins Gewicht. Dies ist dann auch etwa ein Fünftel des Gesamtvolumens dessen, was der US-Präsident nach dem neuen Gesetz an die Ukraine sofort, ohne zusätzliche Zustimmung des Kongresses übergeben darf.

Eine große Lieferung von gepanzerten Fahrzeugen könnte die Kosten noch weiter in die Höhe treiben. Wird sie ausreichen? Die Frage ist, wofür. Um die bereits erlittenen Verluste teilweise auszugleichen – ja. Aber um den ukrainischen Streitkräften neue offensive Fähigkeiten zu verleihen?

Nein, dafür wären ganz andere Mengen an Nachschub und andere Ausrüstung erforderlich. Und vor allem bräuchte es Luftunterstützung, die keine Lieferungen des Westens der Ukraine gewähren können. Die Zahl der Kampfflugzeuge, die die ukrainische Luftwaffe mit ihren eigenen Kräften "verdauen" und unterhalten kann, wird für so gut wie nichts reichen.

Erhält Kiew ATACMS-Raketen? Diese Entscheidung liegt im Ermessen des US-Präsidenten. Höchstwahrscheinlich wird Biden beschließen, eine gewisse Anzahl von Raketen zu transferieren, aber wir können von den ukrainischen Streitkräften keine grundlegend neuen Fähigkeiten erwarten. (Anmerkung der Redaktion: Mittlerweile wurde bekannt, dass die USA Kiew tatsächlich ATACMS-Raketen für den Einsatz "auf souveränem ukrainischem Territorium" übergeben hatten. Erfahren Sie hier mehr darüber.) Die Gefahr des Raketenbeschusses von Städten, die an der Front liegen, wird sich erhöhen.

Gibt es eine Antwort auf die Frage, wie viele Waffen die Ukraine benötigt, um Russland zu besiegen? Nun, wie soll man sagen. Es gibt eine.

Sie benötigt alle Waffen, die NATO-Staaten in der Summe haben. Und selbst dann wäre ein ukrainischer Sieg keineswegs garantiert.

Ilja Kramnik ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für strategische Planungsstudien des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Übersetzt aus dem Russischen. Das Original wurde für den Telegramkanal "Exklusiv für RT" verfasst.

* * *

Meinung

Das war's für Israel: Akela hat den Sprung verfehlt

<https://dert.tech/meinung/203206-wars-fuer-israel-akela-hat-sprung-verfehlt/>

19.04.2024

Israel hat nun offenbar doch auf den iranischen Vergeltungsschlag mit einem eigenen Drohnenangriff reagiert. Dieser war jedoch so schwach, dass er das Ende der militärischen Dominanz Tel Avivs im nahen und mittleren Osten eher bestätigt als widerlegt.

Von Irina Alksnis

Nach dem Angriff durch Drohnen angeblich unbekannter Herkunft auf iranisches Territorium in der Nacht zu Freitag und der inoffiziellen Behauptung Tel Avivs in den israelischen Medien, dafür verantwortlich zu sein, wurde klar, dass Israel den Schlamassel, den es selbst mit dem Angriff auf das iranische Konsulat in Damaskus angerichtet hat, schmerzhaft auslöffeln muss.

Irans Vergeltungsschlag vor einer Woche war der massivste Raketen- und Drohnen-Angriff in der Geschichte des Landes und sorgte zunächst für widersprüchliche Einschätzungen. Eine solche Inflation von Erwartungen, ein solches Feuerwerk, und das Ergebnis war praktisch null – praktisch keine Zerstörung, und der Löwenanteil der abgefeuerten Mittel wurde von der israelischen, amerikanischen und jordanischen Luftabwehr abgefangen. Als sich der Staub gelegt und die Emotionen abgekühlt hatten, wurde jedoch deutlich, dass die Aktion ein großer Erfolg für Teheran war.

Militärexperten betonen mehrere relevante Punkte:

Der Iran hat seine Ziele bewusst und zielgerichtet so gewählt, dass Israel nicht ernsthaft geschädigt wird. Der Angriff war eher eine Demonstration seiner Fähigkeiten.

Der Angriff hat das israelische Luftverteidigungssystem vollständig entblößt, denn nicht nur die israelischen Streitkräfte, sondern auch die in der Region stationierten Amerikaner, Briten und Franzosen arbeiteten mit allen Kräften daran, die zahlreichen Flugkörper abzufangen.

Alle vom Iran abgefeuerten Hyperschallraketen überwandern die Luftabwehr und erreichten ihre Ziele.

Die Luftabwehr konnte nicht nur den Hyperschallraketen nichts anhaben, sondern auch mindestens neun ballistischen Flugkörpern, die ebenfalls ihr Ziel erreichten.

Alles in allem hat der Iran der Welt unmissverständlich gezeigt, dass er Israel sehr ernsthafte Schwierigkeiten bereiten kann, wenn er dies will – er hielt es nur dieses Mal nicht für nötig. Gleichzeitig hat Teheran ausdrücklich erklärt, dass er im Falle eines Angriffs auf iranisches Territorium sofort und sehr viel härter reagieren würde.

Danach hingen die Amerikaner Tel Aviv buchstäblich an den Händen und drängten darauf, den Vorfall als erledigt zu betrachten: Der iranische Angriff habe den israelischen Angriff auf das Konsulat in Damaskus kompensiert – der Fall sei abgeschlossen. Die israelischen Behörden und das israelische Militär gaben jedoch harsche Erklärungen ab und versprachen Vergeltungsmaßnahmen.

Normalerweise wird eine solch aggressive Haltung der Israelis als nicht sehr angemessen empfunden. Aber in Wirklichkeit ist die Situation komplizierter.

Israel hat sich jahrzehntelang als wilde, belagerte, aber unbesiegbare Festung einer den Nachbarn überlegenen Zivilisation positioniert – unbesiegt gerade wegen seines technologischen Vorsprungs. Der iranische Angriff hat beide Mythen erschüttert und Israels Verwundbarkeit für alle sichtbar gemacht. Die israelische Führung hat völlig zu Recht erkannt, dass er dem gesamten Nahen Osten die wachsende Schwäche des jüdischen Staates signalisiert und die antiisraelische Stimmung in der Region bestärkt hat. Angesichts der Ereignisse der letzten Monate und des Vorgehens der Israelis im Gazastreifen gibt es immer mehr Menschen in der Region, die sich an ihnen rächen wollen.

Der Wunsch Tel Avivs, aktiv zu reagieren, ist also durchaus verständlich: Israel ist in eine sehr gefährliche Phase seiner Geschichte eingetreten, die für das Land sogar existenziell werden kann, und jetzt ist es sehr wichtig, dass es zeigt, dass es keine Angst hat und die Kraft hat, jeden Feind zu bekämpfen.

Nur hat sich herausgestellt, dass der Iran mit seinem Angriff die israelischen Behörden in eine Ecke getrieben hat, aus der es einfach keinen guten Ausweg gibt. Tel Aviv kann es sich nicht leisten – und die Amerikaner werden es nicht zulassen –, einen Angriff zu starten, der dem Angriff Teherans gleichkommt. Daher wurde heute Nacht die Option eines "begrenzten" und "schwachen" pseudoanonymen Angriffs gewählt, der keine schwerwiegenden Folgen hat und sozusagen keine umfassende Reaktion Teherans nach sich zieht. Damit verbunden war ein Eingeständnis in den Medien, dass "Israel aus strategischen Gründen nicht die Verantwortung für den Angriff übernehmen wird".

Kleine "Bisse" sind natürlich unangenehm, und eine verhältnismäßige und angemessene Reaktion darauf ist schwierig. Russland weiß das aus eigener Erfahrung, wenn ukrainische Drohnen unsere Unternehmen und Flugplätze tief im eigenen Land erreichen. Diese Angriffe demonstrieren, dass der Feind einfach nicht in der Lage ist, mehr zu tun und die für ihn ungünstige Situation im Allgemeinen nicht umkehren kann. Sie sind im Grunde genommen ein Beweis für seine Schwäche.

Das wichtigste Ergebnis der Ereignisse der letzten Wochen ist, dass es für jeden offensichtlich geworden ist, dass Israel seine langjährige Überlegenheit gegenüber seinem offen feindlichen Umfeld verloren hat. Diese Enthüllung verheißt nichts Gutes für Israel – und ironischerweise hat sich Tel Aviv das alles mit seinen eigenen Händen eingebrockt.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 19. April 2024 auf ria.ru erschienen.

* * *

Deutschland dreht durch – Die Zeichen stehen auf "Endkampf"

<https://dert.tech/meinung/203211-deutschland-dreht-durch-zeichen-stehen-endkampf/>

19.04.2024

Der Pegel der antirussischen Hysterie hat in Deutschland in den letzten Tagen neue, bislang nicht erklommene Höhen erreicht. Der einfache Verstand kommt bei dieser wahnsinnigen Entwicklung nicht mehr mit. Wo und wie soll das Ganze enden?

Von Wladislaw Sankin

Am frühen Freitagmorgen begab sich der Wirtschaftsminister Robert Habeck in Kiew für

anderthalb Stunden in einen Luftschutzkeller. Es war um 4:40 nachts. Natürlich war sofort ein bekannter *DPA*-Fotograf zur Stelle um den deutschen Vize-Kanzler "in Todesgefahr" in verschiedenen Posen abzulichten.

Zur gleichen Stunde meldete die *Tagesschau*, "Patriot"-Luftabwehrsysteme sollen künftig auch in Deutschland produziert werden – damit die Ukraine auch genug davon hat. Gleichzeitig tobt in Deutschland ein Sabotage-Skandal – zwei "Deutsch-Russen" wollten US-Militäranlagen in die Luft sprengen! Die Presse meldet dazu: "Putin trägt den Krieg in der Ukraine nach Deutschland".

Im Unterschied zum "Drama" um Habeck gibt es für den Sabotage-Vorwurf keinen einzigen Fotobeweis – die Gefahr muss möglichst diffus bleiben. Für Bundesinnenministerin Faeser und *Tagesschau* reicht aber die Festnahme der zwei Deutsch-Russen aus, um Russland sofort als "Verbrecher-Regime" zu bezeichnen.

Wider jegliches Recht stuft die Generalbundesanwaltschaft die Volksrepublik Donezk als "terroristische Vereinigung" ein, was das Justizministerium dazu veranlasst, eine Verfolgungsermächtigung zu erteilen. Die Jagd gegen innere "Feinde", die mit Russland oder dem aufständischem Donbass in den letzten zehn Jahren sympathisiert haben, bekommt damit neuen Auftrieb. Zeitgleich dazu wird russischen Diplomaten der Zugang zu den von Russen und anderen Sowjet-Völkern befreiten KZs verwehrt.

In den zahlreichen Statements zum Spionage-Skandal kommt das Wort "wehrhaft" besonders oft vor. Die Formel heißt: "Deutschland muss sich zukünftig deutlich robuster, resilienter und wehrhafter aufstellen". Allen, die im Ukraine-Krieg nach Verhandlungslösungen suchen, wird das Argument entgegengeschleudert, dass die Ukraine für Putin nur die Vorspeise sei, die Hauptgerichte seien aber "wir alle".

Strack-Zimmermann spielt mit der Angst: Putin bringe jeden Tag 400.000 Menschen um. Selenskij vergleicht Putin mit einem blutrünstigen Tier; der gegenwärtig "populärste" deutsche Minister, Boris Pistorius, vergleicht den russischen Präsidenten mit Hitler.

Wir kommen zurück zu Habeck. Auf seiner Reise nach Kiew hatte er die Chefs der größten deutschen Rüstungsunternehmen und Vertreter der Solar-Industrie im Schlepptau. Habeck richtet eine Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine aus und will in das Land investieren. In jenes Land also, das jeden Tag die Kontrolle über ein paar Quadratkilometer verliert und Präzisionsschläge auf die Kernobjekte seiner Energieinfrastruktur erleidet – Russland treibt für den Westen den Preis für die Ukraine in die Höhe. Habeck glaubt offenbar trotzdem an den Sieg des Westens über Russland und bekräftigt, die Ukraine brauche "jede Unterstützung".

Und nun die Krim. Vor wenigen Tagen wurde der Start eines Ausbildungsprogramms für hundert Verwaltungskräfte in der "de-okkupierten Krim" verkündet. Sie sollen nach dem Sieg der Ukraine über Russland die Rückführung der Halbinsel in die Ukraine gestalten. Bezahlt werde dies "von unseren ausländischen Spendern", teilte Programmleiterin Tamila Taschewa freudestrahlend mit.

Taschewa ist die Bevollmächtigte des ukrainischen Präsidenten in der "Autonomen Republik Krim" und Leiterin der NGO "CrimeaSOS". Seit vielen Jahren ist sie Duzfreundin von Marieluise Beck, Leiterin des Grünen-nahen Think Tanks "LibMod". Propaganada-Veranstaltungen mit ihrer Teilnahme werden von der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) gefördert, wie etwa "Starkes Meer – Widerstand auf der Krym", die in der Berliner Staatsbibliothek am kommenden Samstag stattfindet. Natürlich geht es bei der Veranstaltung darum, die russischen Ansprüche auf die Krim als ungerecht und unwahr darzustellen.

Vor wenigen Tagen erschien auch ein Interview mit Taschewa in der *Taz*. Die deutschen Leser "beruhigt" sie, es sei ein "Mythos", dass Russland, wenn es die Krim verliere, "Atomwaffen sofort einsetzen wird". Die Köpfe der Menschen auf der Krim müssten von Minen geräumt werden, sagt sie über das von ihr anvisierte Umerziehungsprogramm im Geiste der Ukraine und NATO. Es liegt die Vermutung nahe, dass dies und auch alle anderen "Deokkupierungsprojekte" Taschewas vom Auswärtigen Amt und den deutschen, staatlich finanzierten Parteistiftungen bezahlt werden – natürlich als humanitäre Projekte verklärt.

Denn wie ist sonst das große Interesse der Bundeszentrale für politische Bildung gerade in den letzten Wochen und Monaten ausgerechnet an der Krim und der Ukraine als Rohstoffgebiet zu erklären? In Februar widmete die bpb ein ganzes Heft aus ihrer Reihe *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* dem Thema "Befreiung" der Krim. Auch die Dekolonisierung und Aufteilung Russlands in mehrere "demokratische" Staaten wurde in dem Heft als erwünschtes Szenario genannt. Und vor wenigen Tagen hat die bpb die Analyse "Die Rohstoffe der Ukraine und ihre strategische Bedeutung" veröffentlicht. Darin stellt die Bundeszentrale fest:

"Die Ukraine ist ein äußerst reiches Land, sowohl was die nachgewiesenen Reserven als auch die wirtschaftlich nutzbaren Energieressourcen angeht."

Haben die erwähnten Ereignisse – von Habeck im Luftschutzkeller, über Strack-Zimmermann und Pistorius bis hin zur bpb und Taschewa - alle miteinander etwas zu tun? Oder der Bystron-Skandal und "aufgedeckte" russische Spione, Saboteure und Terroristen? Oder das neue juristische Faktum, wonach die Behauptung "Putin-Versteher" nun eine von den Gerichten gedeckte Meinungsäußerung ("Lizenz zum Lügen") ist?

Ja, sie haben was miteinander zu tun. Deutschland hat sich zum Hauptoperator im Ukraine-Konflikt entwickelt. Treibende Kraft war die Bundesrepublik eigentlich immer, spätestens seit dem Versuch der Installierung von Witali Klitschko – "unserem Mann in Kiew" – durch die Merkel-Regierung noch vor dem Maidan-Putsch. Dann haben aber die USA und die Briten die Initiative ergriffen und Deutschland schlüpfte geschickt in die Rolle des angeblichen "Vermittlers" im diplomatischen Minsker Prozess. Jetzt tritt es mitsamt Eigenlob als "größter Unterstützer der Ukraine" wieder aus dem Schatten heraus. Die Ukraine wird schon seit Langem in den Medien als quasi eigenes Gebiet behandelt – "Angriff auf die Ukraine = Angriff auf uns".

Da sich die Niederlage der nationalistischen Junta in Kiew für die bundesdeutsche politische Klasse katastrophalerweise immer deutlicher abzeichnet, stimmt nun Berlin die eigene Bevölkerung auf den Endkampf gegen Russland ein. Dabei legt es wieder eine abgrundtiefe Feindseligkeit gegenüber Russland an den Tag. Es geht um materielle Interessen, wie auch vor 106 ("Brot-Frieden") und 82 ("Generalplan-Ost") Jahren ist der Kampf im Endeffekt der Kampf um Rohstoffe – um die ukrainischen und in späterer Perspektive auch um die russischen.

Die Einsätze werden im atemberaubenden Tempo täglich immer weiter nach oben geschraubt – der normale Verstand kommt da nicht mehr mit. Es fällt also dazu nichts anderes ein, als diese Entwicklung als puren Wahnsinn zu bezeichnen. Denn es läuft immer mehr darauf hinaus, dass der Krieg, der als vermeintlicher "Ukraine-Krieg" angefangen hat, mit einer Siegesparade enden wird. Nur: wo wird diese stattfinden? Die Auswahl scheint wie vor 80 Jahren eng begrenzt zu sein: entweder auf dem Roten Platz in Moskau oder Unter den Linden in Berlin.

* * *

Der Zweite Weltkrieg geht weiter

<https://dert.tech/meinung/203259-zweiter-weltkrieg-dauert-an/>
20.04.2024

Diversionen, Sabotage und Radikalismus – das sind die Standardmethoden des Westens im ständigen Kampf gegen Russland. Die Methoden, die der kollektive Westen während des Kalten Krieges in vollem Umfang genutzt hat und auch jetzt im laufenden Kampf einsetzt.

Von Mark Leschkewitsch

Der US-Geheimdienst (CIA) hat den Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) seit 2014 auf Sabotageakte auf russischem Territorium vorbereitet, berichtet die *New York Times*. Die Geschichte der Zusammenarbeit der CIA mit politischen Ukrainern begann jedoch schon früher. Bewaffnete Angriffe und Spionage durch terroristische Organisationen in der Ukraine sind die Fortsetzung einer Strategie, die in den Jahren während der kalten Phase des Zweiten Weltkriegs geboren wurde.

Die zweite Hälfte der 1940er-Jahre wird in der Geschichtsschreibung und in den Medien gemeinhin als die "Nachkriegszeit" bezeichnet. Die Fakten des Einsatzes der Atombombe in der Nähe der Grenzen der UdSSR, Churchills Fulton-Rede über den Kampf gegen unser Land sowie das Memorandum über die Revision der Propagandamethoden Washingtons und die Zusammenarbeit des US-Geheimdienstes mit den ukrainischen Nationalisten lassen uns jedoch an dieser Sichtweise der Geschichte des 20. Jahrhunderts zweifeln. Der Zweite Weltkrieg dauert an.

Im Dezember 1947 veröffentlichte der neu gegründete Nationale Sicherheitsrat der USA (NSC) ein Memorandum, in dem eine Überprüfung der Informationstechnologie im Kampf gegen die UdSSR gefordert wurde. Insbesondere stellte der NSC-Exekutivsekretär fest, dass die sowjetische Propaganda effektiver sei als die US-amerikanische. Er schlug Schritte vor, um den Einfluss "auf die ausländische Meinung in einer für die US-Interessen günstigen Richtung" zu erhöhen, das heißt:

- Einsatz der Ressourcen von Armee, Marine und Luftstreitkräfte;
- Erteilung von Sondervollmachten an die CIA zur Durchführung verdeckter psychologischer Operationen, um der sowjetischen Propaganda entgegenzuwirken.

Als das Memorandum herausgegeben wurde, hatte Washington der CIA bereits das formale Recht erteilt, ukrainische Nationalisten im Krieg gegen die UdSSR einzusetzen. Sie hatten bereits damit begonnen, unser Land von innen heraus zu verderben.

Der aktualisierte Soft-Power-Mechanismus zielte darauf ab, die Gemüter durch die Förderung von Narrativen zu beeinflussen, die unser Land spalteten (zum Beispiel Entkolonialisierung), und die Zusammenarbeit mit ausgewanderten Radikalen bedeutete physische und psychologische Beeinflussung der sowjetischen Bürger. Das US-Koordinierungskomitee der Armee und Marine verabschiedete sogar ein entsprechendes Dokument, "The Utilisation of Refugees from the Soviet Union in US National Interest" (1947). Die Autoren dieses Dokuments stellen zynisch fest, dass es möglich ist, mehr als 700.000 Emigranten aus Russland, die mit der Revolution von 1917 unzufrieden und während der deutschen Besatzung antikommunistischer Hetze ausgesetzt waren, als Kern des Widerstands zu nutzen.

Der ganze Zynismus des Westens besteht darin, dass er nicht einmal seine Partnerschaft mit den Radikalen verbirgt – damals wie heute.

So stellt der CIA-Historiker Kevin Ruffner in einer Veröffentlichung von 1998 Daten zur

Verfügung, aus denen hervorgeht, dass der amerikanische Geheimdienst seit April 1946 in Deutschland lebende ukrainische Einwanderer rekrutiert hat.

Sie arbeiteten vor allem mit Führern terroristischer Organisationen zusammen. Zum Beispiel mit dem Chef der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), Nikolai Lebed. Dem CIA-Historiker zufolge drückten die USA während der Zusammenarbeit ein Auge zu, wenn der "Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine" Lebed aus ethnischen Gründen Menschen töten wollte. Derartige Führer nationalistischer Bewegungen wurden vom Westen als äußerst nützlich angesehen. Die USA bereiteten sich darauf vor, "einen dringenden Bedarf an Tausenden dieser Emigranten als Propagandapersonal, Verhörteams, operatives und administratives Personal für Sabotage und Spionage" in der UdSSR zu haben.

Daraus ergibt sich übrigens eine rhetorische Frage: Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass nicht wenigstens einer der Tausenden ukrainischen und russischen Umsiedler heute mit den Sonderdiensten der USA und anderer Länder zusammenarbeitet? Es besteht auch kein Zweifel daran, dass die ukrainischen Behörden mit ihnen zusammenarbeiten und ihnen untergeordnet sind.

Ab 1947 wurden die ukrainischen Nationalisten im Umgang mit Funk und Verschlüsselung geschult (so wie es die Bundeswehr und die Briten heute den ukrainischen Streitkräften beibringen), und im September 1949 wurden sie in Lwow eingesetzt, um Kontakte mit der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) herzustellen und die Bevölkerung zu terrorisieren. Die UdSSR liquidierte die Saboteure konsequent. Doch trotz der ukrainischen Opfer betrachteten die USA die Operation als Erfolg.

Im Jahr 1950 wiederholte sich die Geschichte – dann wurde München zum Sprungbrett für die Arbeit der britischen Geheimdienste: Sie schickten ganze Landungstruppen auf das Territorium der Ukrainischen SSR, um Verbindungen zu lokalen nationalistischen Untergrundbewegungen herzustellen und die Kampffähigkeit der Roten Armee zu testen. Die Landungen wurden Einheit für Einheit vernichtet. Erst nach drei Jahren beschlossen die Briten aufgrund der geringen Effektivität, die Operationen einzustellen. Wie wir an den Aktionen der Bastarde im Gebiet Belgorod und in der Konzerthalle Crocus City Hall sehen können, haben sich die Methoden nicht geändert.

Die Antwort Moskaus bestand darin, öffentlich die Auslieferung von Stepan Bandera an die sowjetische Justiz zu fordern. Die USA hatten die Wahl: entweder die Beziehungen zu der anderen Supermacht zu verschlechtern, die zu diesem Zeitpunkt bereits über Atomwaffen verfügte, oder das Vertrauen der ukrainischen Nationalisten zu bewahren. Sie entschieden sich für die zweite Möglichkeit. Sie hielten sie für die günstigere. Die ukrainischen Nationalisten reagierten prompt auf die Vorladung: Sie behaupteten, sie seien polnische Staatsbürger und könnten daher nicht in die UdSSR zurückgeschickt werden.

Die Frage der Auslieferung von Bandera wurde von den Amerikanern verdrängt, wie kürzlich auch die Frage der Auslieferung eines Kämpfers der SS-Division "Galizien", Hunka, an die russische Justiz, die vom Präsidenten der Ukraine im kanadischen Parlament beklatscht wurde.

Gleichzeitig betrachteten die Amerikaner selbst, schreibt der CIA-Historiker, die UPA als terroristische Organisation. Der erste Direktor der CIA, Roscoe Hillenkoetter, leugnete nicht, dass viele Emigranten sich auf die Seite der Nazis stellten, aber ihm zufolge taten sie dies nicht so sehr wegen einer "profaschistischen Orientierung, sondern wegen starker antisowjetischer Vorurteile". Die Motivation war in erster Linie nationalistisch, und die Unterstützung für die "deutsche Sache" wurde dadurch bestimmt.

Das ist die Logik, die auf den Regeln der Weltordnung beruht: Der Westen unterstützt die Nazis,

aber er tut es, weil die Nazis gegen Russland agieren, also seien sie nicht automatisch Nazis. Eine Logik, die sich über den gesunden Menschenverstand hinwegsetzt.

Die Geschichte der Beziehungen der USA zu den ukrainischen Nationalisten beruht auf genau dieser Haltung.

Diversionen, Sabotage, Radikalismus – Standardmethoden des Westens im Kampf gegen unser Land, die er während des Kalten Krieges in vollem Umfang einsetzte und auch jetzt noch einsetzt.

Der Zweite Weltkrieg dauert an.

Übersetzt aus dem Russischen und zuerst erschienen bei Wsgljad.

Mark Leschkewitsch ist ein russischer Historiker, Kunstredner und Dichter.

* * *

Als Teil von BRICS: Wie Iran von strategischer Geduld zu ernsthafter Abschreckung überging

<https://dert.tech/meinung/203176-wie-iran-sich-von-strategischen-geduld-hin-zu-einer-ernsthaften-abschreckung-ueberging/>

21.04.2024

Die Vergeltungsschläge Irans gegen Israel wurden nicht isoliert durchgeführt. Die strategischen Partner Russland und China standen hinter Teheran und die Rolle Irans wird im angespannten Konflikt im Nahen Osten zunehmen, sollten die USA Israel nicht unter Kontrolle bekommen.

Von Pepe Escobar

Etwas mehr als 48 Stunden vor der iranischen Grußbotschaft an Israel, die über dem Himmel Westasiens aus der Luft kam, bestätigte der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow offiziell, was bisher bestenfalls ein vertrauliches diplomatisches Geflüster gewesen war:

"Nach dem israelischen Angriff auf das iranische Konsulat in Syrien steht die russische Seite mit seinen iranischen Partnern in Kontakt zur Lage im Nahen Osten."

Rjabkow fügte hinzu: "Wir bleiben in ständigem Kontakt mit Iran. Auch innerhalb der BRICS-Staaten werden in naher Zukunft vertiefte Gespräche über das gesamte Themenspektrum bezüglich des Nahen Ostens erwartet."

Anschließend skizzierte er das große Ganze:

"Die Duldung israelischer Militäraktionen im Nahen Osten, die den Kern der Politik Washingtons bilden, wird in vielerlei Hinsicht als Hauptursache zu neuen Tragödien führen."

Kurz gesagt: Russlands oberster diplomatischer Koordinator bei den BRICS – während des Jahres der russischen Präsidentschaft der Organisation – machte indirekt deutlich, dass Russland hinter Iran steht. Es sei darauf hingewiesen, dass Iran erst im vergangenen Januar ein vollwertiges Mitglied der BRICS geworden ist. Die Grußbotschaft aus dem Luftraum Irans in Richtung Israel bestätigte dies sogar in der Praxis: Die Leitsysteme der iranischen Raketen und Drohnen nutzten

das chinesische Satellitennavigationssystem Beidou sowie das russische System GLONASS. Dies ist eine nachrichtendienstliche Dienstleistung seitens Russlands und Chinas und ein anschauliches Beispiel dafür, wie die BRICS auf dem Vormarsch sind.

Die Aussage von Rjabkow "Wir bleiben in ständigem Kontakt" und die Nutzung der russischen und chinesischen Satellitennavigation bestätigen die tief verflochtene Zusammenarbeit innerhalb der strategischen Partnerschaft zwischen Russland und China und ihrem gemeinsamen strategischen Partner Iran. Aufgrund der umfassenden Erfahrungen mit der Ukraine wusste Moskau nur zu gut, dass das biblische, psychopathische und genozidale Gebilde namens Israel weiter eskalieren wird, solange Iran weiterhin "strategische Geduld" an den Tag legt.

Die Umwandlung der "strategischen Geduld" in ein neues strategisches Gleichgewicht musste einige Zeit auf sich warten lassen – einschließlich einer Absprache auf hoher diplomatischer Ebene mit der russischen Seite. Schließlich bestand das Risiko, dass sich der israelische Angriff auf das iranische Konsulat in Damaskus als eine Neuauflage der Ermordung von Erzherzog Franz Ferdinand erweisen könnte – mit den entsprechenden Folgen.

Man vergesse nicht die Straße von Hormus

Teheran gelang es, die massiven psychologischen Operationen des Westens zunichtezumachen, die darauf abzielten, das Land in einen strategischen Fehltritt zu treiben.

Iran eröffnete das Spiel mit einer Meisterleistung. Während sich die amerikanisch-israelischen Angstpornos in den westlichen Medien in Richtung jenseits von Gut und Böse bewegten, angeheizt durch zwielichtige "Geheimdienstinformationen", setzten die Islamischen Revolutionsgarden zu einem kühnen Steilpass an und kaperten ein israelisches Containerschiff in der Nähe der Straße von Hormus. Das war ein überaus elegantes Manöver. Es sollte den Kollektiven Westen daran erinnern, dass Teheran die Kontrolle über die Straße von Hormus innehat – eine Tatsache, die für das gesamte westliche wirtschaftliche Kartenhaus unermesslich bedrohlicher ist als jeder begrenzte Angriff auf ihren israelischen "Flugzeugträger" in Westasien.

Und trotzdem fand ein begrenzter Angriff auf Israel statt, sogar mit einer gewissen Großzügigkeit. Denn im Gegensatz zu dieser angeblich "moralischsten" Armee der Welt, die sich darauf spezialisiert hat, Frauen, Kinder sowie ältere Menschen zu töten und Krankenhäuser, Moscheen, Schulen, Universitäten und humanitäre Konvois zu bombardieren, zielte der iranische Angriff auf wichtige israelische Militäreinrichtungen ab, wie die Luftwaffenstützpunkte Nevatim und Ramon im Negev und auf den Geheimdienststützpunkt in den besetzten Golanhöhen. Alle drei von Iran bombardierten Stützpunkte wurden von Tel Aviv bei seinem Angriff auf das iranische Konsulat in Damaskus genutzt.

Dies war eine perfekt choreografierte Show. Mehrere Warnzeichen und Hinweise aus den USA verschafften Tel Aviv genügend Zeit, Kampfflugzeuge und Personal zu evakuieren, während eine Vielzahl von US-Radaranlagen die Koordination der Luftabwehr übernahmen. Es war US-amerikanische Feuerkraft, die den Großteil des aus 185 Drohnen bestehenden Schwarms vom Typ Shahed-136 abwehrte – von seegestützter Luftverteidigung bis hin zu Kampffjets in der Luft. Der Rest wurde über Jordanien vom Militär des kleinen jordanischen Königs abgeschossen – die arabische Welt wird diesen Verrat nie vergessen – und schließlich von dutzenden israelischen Jets.

Die israelischen Verteidigungsanlagen wurden durch eine Kombination aus Selbstmorddrohnen und ballistischen Raketen de facto überlastet. Mehrere Raketen konnten die Dichte der israelischen Luftverteidigung überwinden, wobei Israel offiziell neun erfolgreiche Abschüsse vermeldete, die alle interessanterweise in äußerst relevanten militärischen Zielen einschlugen.

Die ganze Show hatte das Budget eines Mega-Blockbusters. Laut einem israelischen Offiziellen hat Israel allein durch das vielschichtige Abwehrsystem – ganz zu schweigen von den Kosten für US-amerikanische, britische und israelische Kampfflugzeuge – mindestens 1,35 Milliarden US-Dollar für die Verteidigung gegen den iranischen Angriff aufwenden müssen. Laut Quellen aus dem iranischen Militär beziffert Iran die Kosten seiner Drohnen- und Raketensalven – die vollständig mit einheimischer Technologie hergestellt wurden – auf lediglich 35 Millionen US-Dollar.

Ein neues westasiatisches Schachbrett

Nach dem Angriff auf das Konsulat in Damaskus dauerte es nur kurze Zeit, bis Iran von seiner strategischen Geduld schließlich zu einer ernsthaften Abschreckung überging, indem er seinen Gegnern eine äußerst kraftvolle und vielsagende Botschaft übermittelte und damit das Spiel auf dem gesamten westasiatischen Schachbrett meisterhaft veränderte.

Würde sich das zionistische, psychopathische und genozidale Gebilde Israel auf einen echten heißen Krieg gegen Iran einlassen, gäbe es definitiv keine Chance, dass Tel Aviv Hunderte iranischer Raketen – und zwar die hochmodernen, die in der kürzlichen Show keinen Auftritt hatten – ohne eine Frühwarnung mit mehreren Tagen Vorlauf abfangen könnte. Und ohne den Schutzschirm aus Waffen und Geldern des Pentagons ist die israelische Luftverteidigung nicht aufrechtzuerhalten.

Es wird faszinierend sein, mitanzusehen, welche Lehren Moskau aus dieser Show am westasiatischen Himmel ziehen wird. Man wird im Kreml aufmerksam die hektischen israelischen, geopolitischen und militärischen Vorgänge beobachten, während die Hitze im Kochtopf weiter ansteigt. Was die USA betrifft, so kommt ein veritabler Krieg in Westasien – ein Krieg, den sie nicht selbst geplant haben – nicht ihren unmittelbaren Interessen entgegen, wie ein Verfechter des Tiefen Staates alter Schule in einer E-Mail zugeben musste:

"Das könnte dazu führen, dass das Gebiet als Region der Ölförderung endgültig zum Erliegen kommt und der Ölpreis auf ein astronomisches Niveau ansteigen wird, was in der Folge die globale Finanzstruktur zum Einsturz bringen könnte. Es ist vorstellbar, dass das Bankensystem der USA ebenfalls zusammenbrechen könnte, sollte der Ölpreis auf 900 US-Dollar pro Barrel ansteigen, nachdem die Versorgung mit Öl aus dem Nahen Osten gekappt oder gar zerstört wurde."

Es wundert somit nicht, dass die Biden-Truppe im Weißen Haus mehrere Tage vor dem iranischen Vergeltungsschlag unter anderem Peking, Riad und Ankara verzweifelt darum anflehte, Teheran von seinem Vorhaben abzuhalten. Die Iraner hätten dem vielleicht sogar zugestimmt, hätte der UN-Sicherheitsrat einen dauerhaften Waffenstillstand im Gazastreifen verhängt, um den regionalen Sturm zu beruhigen, der sich seit sechs Monaten in der Region zusammenbraut. Aber Washington blieb im Sicherheitsrat stumm.

Die Frage ist nun, ob man weiterhin stumm bleiben wird. Mohammad Bagheri, Chef des Generalstabs der iranischen Streitkräfte, brachte es auf den Punkt:

"Wir haben über die Schweizer Botschaft eine Nachricht an die USA übermittelt, dass US-amerikanische Stützpunkte umgehend zu legitimen Zielen werden, wenn sie für künftige aggressive Aktionen des zionistischen Regimes gegen Iran genutzt werden. Wir würden dies als eine Aggression betrachten und entsprechend handeln."

Dieses Dilemma für Washington wird vom ehemaligen Analysten im Pentagon, Michael Maloof,

bestätigt:

"Wir haben rund um Iran etwa 35 militärische Stützpunkte und diese sind verwundbar. Sie sollten zwar der Abschreckung dienen, aber Abschreckung liegt hier offensichtlich nicht mehr auf dem Tagesplan. Jetzt werden diese Stützpunkte aufgrund ihrer Verwundbarkeit zur 'Achillesferse' der USA."

Jetzt sind alle Wetten darüber offen, wie sich die US-Israel-Combo an die neue, von Iran geschaffene Realität der Abschreckung anpassen wird. Was vorerst bleibt, ist ein historischer Moment, bei dem ein muslimischer Iran, in einer bedeutungsvollen Show am westasiatischen Himmel, im Alleingang Hunderte von Drohnen und Raketen auf Israel abgefeuert hat – eine Leistung, die in allen Ländern des Islams bejubelt wird. Und vor allem von der angeschlagenen arabischen Öffentlichkeit, die teils von heruntergekommenen Monarchien unterworfen wird, die weiterhin Geschäfte mit Israel machen – über die Leichen der Palästinenser in Gaza hinweg.

* * *

Helfen die deutschen "Klimaschutzgesetze" dem Klima? Kaum, alles Lüge

<https://dert.tech/meinung/203452-klimaschutzgesetze-alles-luege/>

22.04.2024

Wie gut, dass niemand genau hinsieht. Sobald man nämlich über den Rand der deutschen Suppenschüssel schaut, wird klar, dass die ganze Energieeinsparerei und die immer rigidere Dämmung keinen Sinn ergeben. Nicht einmal, wenn man an den Klimawandel glaubt. Es schaut nur zum Glück keiner hin.

Von Dagmar Henn

Man muss sich schon anstrengen, um nicht wahrzunehmen, dass das Heizungsgesetz und viele weitere Entscheidungen, die unter der Überschrift "Klimaschutz" getroffen wurden, katastrophale Nebenwirkungen haben. Das war auch schon bei Vorläuferregelungen wie der Energieeinsparverordnung (EnEV) seit 2001 bis 2020 in ihren unterschiedlichen Varianten so. Allerdings gibt es einen Punkt, der die ganzen deutschen Maßnahmen selbst dann völlig widersinnig macht, wenn man den Prämissen des Klimaglaubens folgt.

Tun wir einmal so, als wäre das alles wahr – als stünde eine gewaltige Katastrophe bevor, wenn man nicht mit allen Mitteln weniger Kohlendioxid emittieren würde. Welche Konsequenzen hätte das? Nun, da klar ist, dass dafür Eingriffe erforderlich sind, aber ebenso klar, dass öffentliche Mittel begrenzt sind, wäre Kosteneffizienz ein wichtiger Punkt. Wenn schon öffentliche Gelder aufgewandt werden müssen, sollte dies an den Punkten und auf die Weise geschehen, die den größten Nutzen bringen. Und, ist das der Fall?

Interessanterweise waren im Zusammenhang mit der Debatte um die europäischen Gebäudeenergiegesetze zwei Dinge zu erfahren, wenn auch nicht aus den Schlagzeilen. Erstens unterscheiden sich die Bewertungen des Energieverbrauchs von Gebäuden innerhalb der EU weitgehend voneinander, was irgendwie erklärt, warum diese Buchstaben verwendet werden und nicht einfach ein absoluter Zahlenwert in Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr. Das wird einfach so gemacht, weil die Verbraucher schließlich bei Kühlschränken, Staubsaugern und ähnlichen Dingen auf diese Buchstabenkennzeichnung konditioniert wurden und sich gar nicht mehr die Frage stellen, welche Werte sich tatsächlich dahinter verbergen.

Bei Gebäuden jedenfalls unterscheiden sich nach einer Faktenerhebung des Zentralen Immobilien-Ausschusses (ZIA) die technischen Werte für die einzelnen Stufen extrem. Bei der untersten Kategorie der Energieeffizienzklassen liegt der Wert für Deutschland bei 250 Kilowattstunden pro Quadratmeter im Jahr (kWh/m²a), in Belgien bei 510 kWh/m²a, und so geht es weiter bis zur Klasse A+, für die ein Gebäude in Deutschland nicht mehr als 25 kWh/m²a verbrauchen darf, in den Niederlanden aber immerhin noch stolze 105 kWh/m²a, mit denen man in Deutschland nur in der Klasse D landen würde.

Dazu gehört eine weitere Information, die im Grunde durch die erste bereits nahegelegt wird, aber die ebenfalls andernorts explizit bestätigt wird: im Vergleich sind nämlich viele Gebäude in Deutschland bereits gut isoliert. Eine Studie aus dem Jahr 2020 der Münchner Heizungssteuerungs-Firma Tado GmbH verglich die Wärmeverluste, die ein Haushalt nach fünf Stunden bei Innentemperaturen von 20 Grad Celsius und Außentemperaturen um den Gefrierpunkt erlitten hat. Hier lag der Wert für Deutschland bei einem Grad Temperaturabsenkung im Innenraum, innerhalb der ausgewählten Ländergruppe nur noch unterboten durch Norwegen mit 0,9 Grad, aber weit übertroffen von Belgien mit 2,9 und Großbritannien mit 3,0 Grad.

Und nun kommen wir zur Frage der Effizienz. Jeder, der sich jemals mit Fragen der energetischen Sanierung befasst hat, weiß, dass schon zu Zeiten der EnEV, etwa im Jahr 2009, die Vorgaben extrem aufwendig und teuer wurden. Tatsächlich ist beispielsweise beim Einbau von Fenstern der entscheidende Schritt der zu einer Doppelverglasung unter Vermeidung von Wärmebrücken um den Rahmen. Wenn man eine Stufe besagter Doppelverglasung durch die nächste ersetzt, ist die relative Einsparung nur noch gering. Bei der Wärmedämmung von Außenwänden oder von Dächern verhält es sich ebenso – es sind die vergleichsweise einfachen und günstigen Maßnahmen, die relativ den höchsten Ertrag bringen.

Die EnEV hatte letztlich fast nur Wirkung auf den Neubau, der ihr unterworfen war, weil die Kosten der dafür erforderlichen Maßnahmen die möglichen Einsparungen bei den Energiekosten weit überschritten. Da sie zu einer massiven Mieterhöhung ohne Gegenwert geführt hätten, wurden sie vielfach schlicht im Bestand der Bausubstanz nicht durchgeführt, was dann ganz nebenbei dazu führte, dass die zuvor üblichen Erhaltungsanierungen auch entfielen, weil man bei ihnen zu eben diesen EnEV-Maßnahmen verpflichtet gewesen wäre. Die aktuelle Reaktion auf das Heizungsgesetz folgt genau diesem bereits bekannten, Schema. Wenn die Erhaltungsmaßnahmen zu teuer werden, finden sie einfach nicht mehr statt.

Nun gibt es allerdings ein seltsames Ergebnis, wenn man all diese Daten miteinander kombiniert und dann noch so tut, als wäre das irgendwie eine gesamteuropäische Aufgabe. Wenn die deutschen Gebäude in der Summe wesentlich besser isoliert sind als die belgischen oder französischen (über die bulgarischen, rumänischen und polnischen war nichts zu finden), und die Kosten für den gleichen angestrebten Nutzen, nämlich die Verringerung der Kohlendioxidabgabe, desto höher liegen je günstiger die Ausgangslage ist, dann wäre es die logische Konsequenz, sich vor allem darauf zu konzentrieren, die Gebäude in Belgien und Frankreich auf den deutschen Standard zu bringen, statt in Deutschland mit allen Mitteln aus den Wärmeverlust um ein Grad Celsius auf nur noch ein halbes Grad zu verringern.

Denn selbst dann, wenn es gelänge (und überhaupt sinnvoll zu realisieren wäre), dass der durchschnittliche Temperaturverlust in Deutschland bei nur noch annähernd null Grad läge, würde das bei Weitem nicht dem Gewinn entsprechen, der durch ein Absenken der französischen, belgischen und niederländischen Verluste an Heizenergie auf das deutsche Niveau erreicht werden könnte. Und das würde auch noch wesentlich weniger kosten.

Wenn die ganze Beschlusslage auf europäischer wie auf deutscher Ebene tatsächlich das Ziel hätte,

mit größtmöglicher Effizienz den Ausstoß von Kohlendioxid zu verringern, dann sähe das Ergebnis völlig anders aus als das, was wir vor uns sehen. Die rechtlichen Vorgaben in Deutschland könnten sogar wieder gelockert werden (was Neubau deutlich günstiger machen würde), wenn man nur einen Bruchteil dessen, was an öffentlichen Mitteln derzeit in Deutschland aufgewandt wird, um trotz dieser irrwitzigen Vorgaben einen völligen Kollaps des Wohnungsbaus zu verhindern, in die Wärmedämmung bulgarischer Häuser investieren würde (Belgien und die Niederlande erwecken nicht den Eindruck dringend erforderlicher Zuschüsse).

Es kann also bei dem ganzen Paket gar nicht um den verkündeten Zweck gehen. Schließlich existieren entsprechende Förderstrukturen über die EU schon längst – und sie werden auch weidlich genutzt, um Empfängerländer politisch an die Kandare zu nehmen. Es kann also niemand ernsthaft behaupten, eine Wärmedämmung bulgarischer Häuser mit deutschem Geld über den Umweg durch die EU-Kassen sei nicht machbar. Sowieso schaut man einem geschenkten Gaul nicht ins Maul.

Verluste bei der Bauwirtschaft in Deutschland müsste man nicht fürchten, denn das Sanierungsgeschäft würde sich normalisieren, sprich: die früher üblichen Erhaltungssanierungen würden wieder stattfinden und der Neubau würde auch günstiger. Das wirft selbstverständlich die Frage auf, warum dann der ganze Unsinn überhaupt getrieben wird, wenn er nicht einmal unter den Prämissen des Klimaglaubens zielführend ist.

Ich vermute, der Zweck ist, die Mieten möglichst hoch zu halten und – auch das ist ein Teil der Geschichte – möglichst viel Geld zu den Banken umzuleiten, die immerhin an jeder Mietsteigerung mitverdienen. Um Mieten oben zu halten, muss man das Angebot an günstigen Wohnraum knapp halten. Und teurere Baukosten sorgen dafür, dass der Neubau teurer wird als der Altbau und schlicht weniger gebaut wird.

Dabei gibt es eine Art Zirkelschluss über die Bodenpreise. Die richten sich nämlich danach, was an Mieteinnahmen erwartet werden kann, was bedeutet: wenn die Mieten nach oben gedrückt werden, steigen auch die Bodenpreise. Das wiederum erhöht die Preise für Neubauten, weil die Bodenpreise Teil der Neubaukosten sind, was die Mieten wieder weiter in die Höhe treibt, was wiederum beispielsweise dazu führt, dass Kommunen auf den örtlichen Mietmarkt nur noch insoweit Einfluss nehmen können, als sie städtische Grundstücke für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen können, weil alles, in dem Kosten für den Boden enthalten ist, kein sozialer Wohnungsbau mehr sein kann (selbst wenn es noch aus kommunalen Haushalten finanzierbar wäre).

Natürlich hätte jede Andeutung, man wolle mit politischen Mitteln das Mietniveau erhöhen, heftigen Widerstand ausgelöst. Und anfänglich, als man in Deutschland begann, Gebäude besonders zu dämmen (hierbei sprechen wir von den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts), lautete die Argumentation noch, man müsse Energie sparen. Und da man sich noch in einem Bereich bewegte, in dem die Einsparungen die Kosten ausglich, schien das auch logisch; schließlich war das Gesamtergebnis für die aktuellen Mieter das Gleiche, nur die Verteilung zwischen Miete und Heizkosten änderte sich. Dass sich aber gleichzeitig diese Mietsteigerung – im Gegensatz zu einer Steigerung der Heizkosten – in einer Erhöhung der Bodenpreise niederschlagen würde, daran dachte (fast) niemand.

Und die Banken? Nun, jede größere Maßnahme an irgendeinem Gebäude wird über Hypotheken finanziert, auch die Kosten für Grund und Boden, die mittlerweile mancherorts astronomische Höhen erreicht haben. Jeder Bau, jeder Eigentumstransfer löst ein Geschäft aus, durch das die Banken Zinserträge haben, und nach wie vor ist das Hypothekengeschäft ein bedeutender Teil. Mehr noch, auch diejenigen, die die höheren Mieten zahlen müssen, sind für größere Anschaffungen verstärkt auf die Banken angewiesen, weil ihnen dafür weniger Geld übrig bleibt. Das klingt erst einmal nach nicht viel, aber wir reden hier von Jahrzehnten und von mindestens der

Hälfte der Bundesbürger.

Das ist einer der Gründe, warum der Binnenmarkt in Deutschland so ausgedörrt ist. Nebenbei bemerkt, liegt auf den Konsumausgaben auch noch die Mehrwertsteuer, die das gemeine Volk noch zusätzlich zur Lohnsteuer und anderen Verbrauchssteuern zu entrichten hat, während die Höhe der Besteuerung des Anteils des Gesamteinkommens, das bei den Banken und großen Immobiliengesellschaften landet, nur so hoch ist, wie es das Geschick ihrer Steuervermeidungsfachleute unvermeidbar macht. Das setzt eine weitere Spirale in Gang, denn diese somit dem Staat entgangenen Einnahmen müssen irgendwie durch andere ersetzt werden.

Gibt es einen realen Grund, warum die Bodenpreise in den Metropolen so viel höher liegen als vor Jahrzehnten? Den gibt es nicht, denn Deutschlands Fläche ist im Vergleich zu 1980 nicht geschrumpft. Es wurde sogar zusätzliches Bauland ausgewiesen (wobei man nie vergessen darf, dass das in den Metropolen vielfach sogar einfach über eine Erhöhung der Geschossflächenzahl geht). Die Bautätigkeit ist wesentlich geringer, das ist also eigentlich eine sinkende Nachfrage.

Selbst wenn man die Frage außen vor lässt, inwieweit Grund und Boden überhaupt einen Wert darstellen kann, und das Ganze nur unter dem Aspekt von Angebot und Nachfrage als Grundlage der Preisbildung betrachtet, ist die Entwicklung nicht nachvollziehbar – außer man baut künstlich beschränkende Faktoren ein. Das geht beispielsweise über eine kontinuierliche Erhöhung der Baupreise durch neue Auflagen und dann über die erwarteten Mieten oder über eine Verknappung des Angebots durch "Versiegelungsverbote".

Der Trick bei all diesen Eingriffen ist die Langzeitwirkung. Der einzige Grund, warum ein Wirtschaftsminister Robert Habeck mit seinem Heizungsgesetz mittlerweile den gesamten Wohnungsmarkt in ein Chaos verwandelt und die äußerst ungewöhnliche Lage herbeigeführt hat, dass die Mieten weiter steigen – selbst dann, wenn die Immobilienpreise fallen –, ist die Förderung von großem Immobilienbesitz und der Banken. Den kleinen Immobilienbesitzern, die vielleicht ein paar Wohnungen besitzen, oder ein paar Häuser, geht es dabei ebenfalls an den Kragen. Mit dem Klimaschutz jedoch, der angeblich dadurch bewirkt werden soll, hat das Ganze so viel zu tun wie mit dem Komponieren einer klassischen Symphonie.

* * *

Die vergessene Aufklärung: Wie in Deutschland Kants 300. Geburtstag instrumentalisiert wird

<https://dert.tech/meinung/203604-vergessene-aufklaerung-wie-in-deutschland/>
23.04.2024

Kant wäre heute gegen Friedensverhandlungen, behauptet Kanzler Scholz und bekommt Zustimmung auch von Philosophen. Der deutsche Umgang mit Kant zeugt von einem unglaublichen Ausmaß geistiger Verflachung im deutschen Mainstream, in der Politik aber auch in den Geisteswissenschaften.

Von Gert Ewen Ungar

Immanuel Kant hatte Geburtstag. Würde er noch leben, hätte er gestern seinen 300. Geburtstag feiern können. Er ist jedoch tot, feiert daher nicht mehr, kann sich aber vor allem nun auch nicht mehr gegen Vereinnahmung wehren. Kant wurde anlässlich seines Geburtstages massiv instrumentalisiert. Einer, der ihn für seine Zwecke missbrauchte, ist Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD).

Kant wurde am 22. April 1724 im preußischen Königsberg geboren und liegt im russischen Kaliningrad begraben. Es ist geografisch derselbe Ort. Kant hat Königsberg nie verlassen. Dass der bedeutende deutsche Philosoph jetzt auf russischem Territorium begraben liegt, bezeugt auch das grundlegende Scheitern Europas am Denken des Autors der Schrift "Zum ewigen Frieden".

Dass dieses Scheitern nicht zu Ende ist, machen die Einlassungen von Bundeskanzler Olaf Scholz anlässlich des Geburtstages des Philosophen deutlich. Kant wäre heute gegen Friedensverhandlungen in der Ukraine, behauptet der Bundeskanzler.

Ein Angegriffener "soll nicht gezwungen sein, sich auf einen Frieden einzulassen, den der Aggressor mit dem 'bösem Willen' abschließt, den Krieg bei 'erster günstiger Gelegenheit' wieder aufzunehmen",

zitiert Scholz Kant.

Scholz legitimiert damit seine Ablehnung von Friedensverhandlungen, denn er unterstellt Russland, an einem echten Friedensschluss nicht interessiert zu sein. Damit täuscht Scholz nicht nur seine Wähler, sondern auch gleich noch einen Kant-Experten. Scholz bekommt im *ZDF* Unterstützung von dem Philosophen Marcus Willaschek, der die bizarre Interpretation von Scholz stützt und damit auf ein Problem in Deutschland aufmerksam macht.

Das Denken ist in Deutschland inzwischen massiv verflacht und von großer geistiger Provinzialität. Die Ursache für diese Verflachung liegt unter anderem in der umfassenden Zensur, die in Deutschland wieder herrscht. Sie geht einher mit der Koordination der Narrative. Der Beitrag im *ZDF* zum Geburtstag Kants ist ein Beispiel dafür, denn natürlich bedient er antirussische Klischees. Putin wolle Kant russifizieren, ist da zu lesen. Das *ZDF* behauptet eine Gleichmacherei, die zwar in Deutschland verbreitet, in Russland aber fremd ist. Russland schätzt und pflegt die Vielfalt. Vor allem aber schätzt es an sich selbst, dass es unterschiedlichen Kulturen, unterschiedliche Weisen des Denkens und ganz unterschiedlichen Traditionen Raum bietet.

Zum anderen liegt die Verflachung des Diskurses sicherlich auch an der gesellschaftlichen Atmosphäre. Der Konformitätsdruck ist in Deutschland enorm. Das wird auch im Wissenschaftsbetrieb deutlich. Das Regierungsnarrativ legt in Deutschland wieder fest, was an den Universitäten gesagt und in welche Richtung geforscht und gelehrt werden darf. Professuren sind wieder daran gebunden, politische Vorgaben zu beachten. Wer von der vorgegebenen Linie abweicht, bekommt in Deutschland keinen Platz am Katheder, musste neulich die US-amerikanische Philosophin Nancy Fraser feststellen, die wegen Israel-Kritik von einer Gastdozentur an der Universität zu Köln wieder ausgeladen wurde.

Nein, Kant wäre nicht für Aufrüstung, er wäre nicht für eine neue Militärisierung, er wäre nicht für die Konfrontation. Er wäre vor allem nicht gegen Friedensverhandlungen, zumal es eben entgegen den Behauptungen von sowohl Scholz als auch Willaschek nicht um Verhandlungen zur Vorbereitung eines weiteren Krieges geht. Die von Russland immer wieder angebotenen Verhandlungen haben zum Ziel, eine neue Sicherheitsordnung in Europa zu implementieren, in der die Sicherheitsinteressen aller Länder einschließlich Russlands berücksichtigt werden.

Das aber wiederum ist ein durchweg kantischer Ansatz, der jedoch von den Ländern der EU und von Deutschland zurückgewiesen wird. Dort strebt man nach einem Sieg über Russland und fordert die Unterordnung russischer Interessen unter die des Westens. Scholz hat Kant eben nicht verstanden. Er will es auch gar nicht. Kant ist ihm zu friedliebend – sein Denken passt nicht ins gegenwärtige Deutschland. Kant muss daher radikal gegen sich selbst interpretiert werden.

Dass man mit Kant in Deutschland gerade wenig am Hut hat, wird auch an der deutschen Gesprächsverweigerung deutlich. Scholz redet nicht mit Putin, Baerbock nicht mit Russlands Außenminister Lawrow. Die Preisgabe von Diplomatie ist der deutlichste Rückfall nicht nur Deutschlands, sondern des gesamten kollektiven Westens hinter das Denken Kants.

Dass der Westen weit hinter Kant zurückgefallen ist, wird aber noch an anderer Stelle deutlich:

"Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staats gewalttätig einmischen",

steht gleich im ersten Abschnitt von Kants kleiner Schrift "Zum ewigen Frieden".

Dieses Prinzip der Nichteinmischung fand Eingang in die UN-Charta. Es ist eines der zentralen Prinzipien des Völkerrechts. Der Kollektive Westen verstößt gegen dieses Prinzip permanent. Eine ganze Einmischungsindustrie von Organisationen, die nur der Bezeichnung nach von Regierungen unabhängig sind, dient vorrangig dem Zweck der Einflussnahme in anderen Ländern und der Durchsetzung der westlichen Agenda. Ohne westliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine würde es den Ukraine-Krieg nicht geben.

Der aktuelle Trend westlicher und auch der deutschen Regierung, nicht die Länder, sondern deren Regierungen je nach Gefallen wahlweise anzuerkennen oder auch nicht, ist ein weiterer Beleg dafür, wie sehr sich Kant auf der einen und Deutschland und der Kollektive Westen auf der anderen Seite inzwischen fremd geworden sind.

Kant war Universalist. Er glaubte, dass es universelle, allzeit gültige Werte gibt. Was er nicht sah, ist, dass das Wissen um diese Werte vergessen werden kann. Das ist in Deutschland passiert – wohlgemerkt nicht zum ersten Mal. Die Aufklärung ist inzwischen weitergewandert. Das wird an dem Umgang mit dem Gedenken an Immanuel Kant anschaulich.

Die Deutschen sehen in ihm einen deutschen Denker. Eine Kooperation mit Russland zur Pflege seines Andenkens kommt jedoch nicht infrage. Das Kant-Haus in Kaliningrad war eine Ruine. Russland suchte die Zusammenarbeit. Deutschland wand sich, zögerte hinaus, stellte Forderungen und Bedingungen. Schließlich stellte Putin aus dem Reservefonds der Russischen Föderation 42 Millionen Rubel zur Renovierung und Einrichtung eines Museums zur Verfügung. Es war ihm ein persönliches Anliegen. Anlässlich des Geburtstages von Kant wurde in Kaliningrad ein Kongress veranstaltet. Das offizielle Deutschland blieb fern.

In Deutschland wird nun unterstellt, Russland und Putin würden Kants Vermächtnis instrumentalisieren. Derartige Unterstellungen, verbunden mit der Behauptung, man habe Einblick in die Maximen der Handlungen von Dritten, zeigen ebenfalls, wie sehr man sich in Deutschland von Kant und seinem Denken entfernt hat. Es regiert die Missgunst und die Selbstüberschätzung. Große geistige Entwürfe sind aus Deutschland daher gerade nicht zu erwarten.

Deutschland bekommt eine anständige Erinnerungskultur nicht hin. Wenn das deutsche Versagen von einem anderen Land kompensiert wird, werden böse Absichten unterstellt. Angesichts der aktuell regierenden Kleingeistigkeit in Deutschland, würde Kant wohl heute schon aus ganz grundlegenden ethischen Erwägungen lieber in Russland begraben liegen.

* * *

Merkt euch diese Namen: Abgeordnete, die im Europarat für die Entrechtung von Russen stimmten

<https://dert.tech/meinung/203499-merkt-euch-namen-abgeordnete-im-europarat/>

24.04.2024

Nicht nur Russland hat allen Grund, über die neueste Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates empört und entsetzt zu sein. Auch wir, die einfachen Europäer, haben allen Grund zur Sorge, drehen doch die Abgeordneten aller Parteien Jahrhunderte Rechtsentwicklung zurück. Russen sind da nur die "Versuchskaninchen".

Von Alexej Danckwardt

Als der Europarat gegründet wurde, schrieb er sich die Verteidigung und die Verbreitung von Menschen- und Bürgerrechten, der Freiheit und des Rechtsstaats auf die Fahnen. Dessen, was man im Anflug der bei Europäern nicht unüblichen Arroganz die "europäischen Werte" nennt. Dessen, was in Wahrheit universelle Errungenschaften von Jahrhunderten des Freiheitskampfes und der humanistischen Rechtsentwicklung sind.

Wenn es aktuell um Russen und Russland geht, ist all das vergessen. Russen sind vogelfrei und man meint im Europarat, mit ihnen nach Belieben verfahren zu dürfen. Jüngstes Beispiel: Die am 17. April des laufenden Jahres von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates beschlossene Resolution Nummer 2540, auch "Nawalny-Resolution" genannt.

Wenn man den Text dieser Resolution liest, insbesondere den Teil, in denen die Damen und Herren Abgeordneten den Mitgliedsländern und nationalen wie internationalen Akteuren "Empfehlungen" geben, stehen einem die Haare zu Berge, was da alles an Rechtsgrundsätzen und verbrieften Rechten und Freiheiten entsorgt wird. Rechtsgrundsätze, Rechte und Freiheiten, für die die Menschheit nicht nur in Europa viele Jahrhunderte gekämpft hat, bis sie sich Mitte des 20. Jahrhunderts durchzusetzen schienen.

Auch der Europäer sollte diese unzweifelhaft russophobe Resolution lesen. Noch geht es bei der Entrechtung, die "demokratisch gewählte" Abgeordnete ihren Regierungen andienen, "nur" um Russen. Doch wer weiß, wie es weitergeht, wenn die europäischen Machthaber erst auf den Geschmack gekommen sind ...

Punkt 26.13 der Resolution fordert alle Staaten auf, "auf das Regime von Wladimir Putin die bestehenden Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche anzuwenden". Konkret bedeutet dies, gegen "alle privaten oder juristischen Personen, die als Ermöglicher eingestuft werden können" – und das ist im Grunde jeder, der in Russland Steuern zahlt – harte Strafen zu verhängen und Vermögenswerte einzuziehen, auch "straffrei", also ohne Gerichtsverhandlung und im Urteil festgestellte Schuld.

Es wird noch bunter: In demselben Punkt fordern die Damen und Herren Abgeordneten eine Umkehr der Beweislast, wenn es um Russen geht, die das "Putin-Regime" ermöglichen. Schon die alten Römer kannten den Grundsatz "in dubio pro reo", im Zweifel für den Angeklagten. Der Ankläger musste die Schuld des Angeklagten beweisen, nicht der Angeklagte seine Unschuld. Die katholische Inquisition hob dies auf, das Mittelalter führte zum Teil schräge Regeln des Anscheinsbeweises ein. Für die Rückkehr zum ursprünglichen Prinzip kämpften Juristen und Freiheitskämpfer viele Jahrhunderte.

Und sie schienen im 20. Jahrhundert gewonnen zu haben. Die Europäische

Menschenrechtskonvention hielt es in ihrem Artikel 6 unter der Überschrift "Recht auf ein faires Verfahren" fest:

"Jede Person, die einer Straftat angeklagt ist, gilt bis zum gesetzlichen Beweis ihrer Schuld als unschuldig."

Doch im Jahr 2024 kommen Abgeordnete und kloppen das, wofür die Menschheit Jahrhunderte kämpfte, in die Tonne. Vorerst "nur" auf Russen bezogen, falls dies ein Trost ist.

Und dann gibt es noch das Recht auf Eigentum, in Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verbrieft, und nicht nur dort. Die Damen und Herren Abgeordneten verlangen nun im Europarat, dass Russen ihr Eigentum entzogen wird, obwohl sie nach der vorstehend zitierten Norm als unschuldig gelten und sich wahrscheinlich auch nichts zuschulden haben kommen lassen, was ein Gesetz verbietet. "Ermöglichen des Putin-Regimes", wo genau ist das unter Strafe gestellt?

Schauen wir uns die nächste "Empfehlung" der Resolution vom 17. April an. Da entziehen die Damen und Herren Abgeordneten gleich mal einer ganzen Konfession, der größten unter den Ostkirchen, den Schutz der Glaubensfreiheit.

Punkt 26.14 fordert die Mitglieds- und Beobachterstaaten des Europarates und die Europäische Union auf, "anzuerkennen, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche in Wirklichkeit vom Kreml-Regime als Instrument der russischen Einflussnahme und Propaganda benutzt wird und nichts mit der Religionsfreiheit und der Freiheit der Meinungsäußerung zu tun hat", die in Artikel 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte garantiert werden.

Da kehren wir also zu den Religionskriegen zurück, zu einer Epoche, als die Herrschenden entschieden, welcher Glaube praktiziert werden darf und welcher nicht. Eine über tausend Jahre alte Kirche, die seit über 700 Jahren faktisch und seit 434 Jahren de jure unabhängig ist, wird mitsamt ihren geschätzten 160 Millionen Gläubigen mit einem Federstrich zur Nicht-Kirche und Nicht-Konfession und damit für vogelfrei erklärt. Im 20. Jahrhundert hat die Russisch-Orthodoxe Kirche einiges an Verfolgung erlebt, aber sie einfach zu "canceln" trauten sich nicht einmal die Bolschewiki in der kurzen Phase des besonders militanten Atheismus.

Es ist auch klar, warum die Damen und Herren Abgeordneten diesen Punkt in die Resolution aufnehmen: Es ist ein Dolchstoß gegen die heute wie nie zuvor staatlich verfolgten orthodoxen Christen der Ukraine, die allem Druck zuwider der traditionellen und auf dem Gebiet der Ukraine einzig kanonischen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche die Treue halten. Um ihre Rechte soll sich bitte niemand scheren, fordern die im Europarat tagenden Parlamentarier und kein Schatten soll auf die "demokratische Ukraine" ob der im 21. Jahrhundert beispiellosen Kirchenverfolgung fallen.

Aber es ist gewiss auch nur eine Frage der Zeit, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche selbst ins Visier der Russophoben im Westen gerät, dass ihre Kirchenbauten enteignet und dem nationalistisch gesinnten Teil der Ukrainer übergeben werden. Ja, auch den Hunderttausenden, vielleicht Millionen, russisch-orthodoxer Christen in Deutschland und Europa steht Verfolgung und Erniedrigung bevor. Auf Glaubensfreiheit dürfen sie sich laut Europarat ja nicht mehr berufen, haben mit der Religionsfreiheit und der Freiheit der Meinungsäußerung, wie man schwarz auf weiß lesen kann, "nichts zu tun".

Und das ist noch nicht alles. Die Damen und Herren Abgeordneten wollen nämlich auch noch selbst Gott spielen und entscheiden, welche Länder es geben darf und welche nicht und wie sie auf dem Globus auszusehen haben. In **Punkt 28** der Resolution wird zur "Dekolonisierung" der Russischen

Föderation aufgerufen, also zu ihrer Zerschlagung und Aufteilung in zig Kleinstaaten. Das wahre Motiv liegt auf der Hand: Teile und herrsche, denn so lassen sich die begehrten natürlichen Ressourcen Russlands besser kontrollieren und durch das westliche Kapital ausbeuten.

Nicht schwer vorzustellen, welches Geschrei ob der unzulässigen Einmischung in innere Angelegenheiten ausgebrochen wäre, wenn Russlands Parlamentarier zur "Dekolonisierung" Großbritanniens (Schottland, Nordirland, Falklandinseln, Pitcairn), Frankreichs (Basken, Korsika, Französisch-Polynesien und Französisch-Guyana), Spaniens (Baskenland und Katalonien) oder Deutschlands (Bayern, ehemalige DDR) aufgerufen hätten.

Die Resolution ist auch sonst voller dreister Lügen, unverschämter Forderungen, böswilliger Interpretationen und rechtsstaatswidriger "Empfehlungen". Da wird Russland zum "Sponsorstaat des Terrorismus" erklärt, während wir Dutzende ukrainischer Terroranschläge (Dugina, Tatarski, zivile Einrichtungen in Donezk, Belgorod und an vielen anderen Orten, wahrscheinlich auch die Crocus City Hall) benennen können, aber keinen einzigen russischen in Kiew. Da wird Russland ohne jede Tatsachengrundlage des Genozids an indigenen Völkern bezichtigt. Und vieles mehr, alles Verrückte, Gelogene und Anstandslose in dieser Resolution aufzuzählen würde den Rahmen sprengen.

Schauen wir uns lieber an, wer für diese Schandtat verantwortlich ist, wer dafür gestimmt hat. Denn besser früher als später müssen diese Damen und Herren Abgeordneten für ihren Verrat an unseren Rechten, für die Kriegstreiberei, für die Lügen und die Nazismus nahe Diskriminierung eines großen europäischen Volkes zur Verantwortung gezogen werden. Mindestens politisch.

Für die Resolution 2540 haben 87 Abgeordnete gestimmt, es gab keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen. Aus **Deutschland** stimmten dafür:

Heike Engelhardt, Sozialdemokratin aus Ravensburg, seit 2021 im Deutschen Bundestag;

Franziska Kersten, Sozialdemokratin aus Sachsen-Anhalt, seit 2021 im Deutschen Bundestag;

Norbert Kleinwächter, Bundestagsabgeordneter der AfD seit 2017 aus Brandenburg;

Max Lucks, grüner Bundestagsabgeordneter aus Bochum;

Axel Schäfer, Abgeordneter der SPD seit 1994 aus NRW;

Derya Türk-Nachbaur, Bundestagsabgeordnete der SPD aus dem Schwarzwald.

Aus **Österreich** zeichneten sich aus:

Andrea Eder-Gitschthaler, Mitglied des Bundesrates für die ÖVP;

Agnes Sirkka Prammer, grüne Abgeordnete im Nationalrat aus Leonding;

Stefan Schennach, für die SPÖ im Bundesrat;

Und schließlich noch die Abgeordneten der **Schweiz**, die für die Schandresolution stimmten:

Marianne Binder-Keller, Parteipräsidentin der CVP Aargau, und

der "Sozialist" Pierre-Alain Fridez.

Die Verantwortung geht allerdings weit über diese Namen heraus, denn es fand sich, wie man sieht, niemand, der gegen die russophobe Resolution votierte. Auch sie tragen Mitschuld, egal aus welcher Partei. Die vollständigen Listen gibt es hier für Deutschland, für Österreich und für die Schweiz.

Prägen wir uns all diese Namen gut ein! Und sei es nur, um ihnen bei einer zufälligen Begegnung nicht versehentlich die Hand und bei einer der kommenden Wahlen nicht versehentlich die Stimme zu geben.

* * *

Ein kriminelles US-Gesetz gaukelt US-Besitzanspruch auf russische Gelder vor

<https://dert.tech/meinung/203654-kriminelles-us-gesetz-gaukelt-us/>
25.04.2024

Die "Demokraten" wie die "Republikaner" im US-Repräsentantenhaus haben am letzten Samstag mit großer Mehrheit neue und im Grunde kriminelle Gesetze gegen Russland und China verabschiedet, die weder von internationalem Recht noch durch die US-Verfassung gedeckt sind.

Von Rainer Rupp

Ende letzter Woche, am 20. April, verabschiedete das US-Repräsentantenhaus ein 95 Milliarden US-Dollar schweres "Hilfspaket" für drei Länder, in denen Washington bereits einen Stellvertreter-Krieg führt – oder einen vorbereitet. Von den 95 Milliarden gehen 61 Milliarden an die Neonazis in Kiew, 26,3 Milliarden US-Dollar an die völkermörderischen Zionisten in Israel und die restlichen knapp 8 Milliarden sind für Waffenlieferungen an antichinesische US-Marionetten in Taiwan vorgesehen. Zugleich verabschiedete das Repräsentantenhaus eine Reihe von Maßnahmen, um

einerseits eingefrorene russische Vermögenswerte zu stehlen und der Ukraine zu schenken sowie um weitere Sanktionen und andere Strafmaßnahmen gegen Russland, China und Iran zu verhängen,

andererseits die bei US-Jugendlichen populäre chinesische Social-Media-Plattform TikTok zu verbieten oder wenigstens deren Verkauf an amerikanische Investoren zu erzwingen.

Diese Maßnahmen haben beide Parteien, die "Demokratische" und die "Republikanische", im Repräsentantenhaus mit einer noch größeren Mehrheit (360 gegen 58 Stimmen) als die früheren Kriegs- und Waffen-Hilfspakete verabschiedet. Aber diese Abstimmungsergebnisse waren zu erwarten, angesichts der inzwischen viele Jahre andauernden ständigen Hetze angeblich "seriöser" US-Denkfabriken und "Qualitätsmedien" gegen Russland, China und Iran und gegen alle anderen Länder, die sich dem Hegemon in Washington, D.C. widersetzen.

Krimineller Vermögensdiebstahl

Am vergangenen Samstag verabschiedete das US-Repräsentantenhaus das sogenannte REPO-Gesetz – der irreführende Name "Rebuilding Economic Prosperity and Opportunity" (REPO) for Ukrainians Act" spricht also von "Wiederinbesitznahme". Es ist ein Musterbeispiel der Wort-Akrobatik in den USA, das aus einem kriminellen Akt einen moralisch gerechtfertigten Raubzug zu machen scheint. Das "Wiederinbesitznahme"-Gesetz des US-Kongresses gaukelt nämlich unterschwellig einen angeblichen US-Besitzanspruch auf die russischen Vermögenswerte vor. Bei

Lichte betrachtet ist es jedoch nichts anderes als die juristische Rechtfertigung eines Diebstahls russischer staatlicher und privater Vermögenswerte – am helllichten Tage und vor den Augen der Weltöffentlichkeit.

Der US-Präsident Joe Biden wird sich natürlich beeilen, dieses neue Gesetz, das weder im internationalen noch im nationalen US-Recht eine Rechtsgrundlage findet, zu unterschreiben. Denn das wird ihm ermöglichen, rund 6 Milliarden US-Dollar an derzeit eingefrorenen russischen Vermögenswerten in US-Banken endlich zu konfiszieren und an die Ukraine zu überweisen. Von den Milliarden werden wahrscheinlich wiederum viele Millionen über Umwege als Kickbacks an US-Politiker zurückfließen. Schließlich hat der Sohn Hunter Biden des derzeitigen US-Präsidenten vorgemacht, wie das geht.

Die russischen 6 Milliarden US-Dollar in den USA stellen zwar nur einen Bruchteil der etwa 300 Milliarden an russischen Vermögenswerten dar, die im Jahr 2022 in Europa auf Geheiß der EU-Kommission eingefroren wurden. Die "Gesetzgeber" im US-Kongress hoffen daher jetzt, mit ihrer Vorreiterrolle in Sachen Finanzdiebstahl die europäischen Parlamentarier zur Nachahmung zu ermutigen. In EU-Finanzkreisen sind allerdings die Vorbehalte gegen eine derart bedeutende Eskalation im Sanktionskrieg des Westens gegen Russland noch stärker als in den USA.

Die Befürchtung, dass der dreiste Diebstahl russischer Vermögenswerte durch die USA die ohnehin bereits in Gang gekommene De-Dollarisierung des weltweiten Währungssystems noch "stark beschleunigen" wird, ist nicht unbegründet. Nur solange das von der US-Zentralbank "grün bedruckte Papier" (denn mehr ist dieser US-Dollar ja gar nicht) von Ländern rund um die Welt so gut wie Gold geschätzt wird und diese Länder vorbehaltlos ihre Rohstoffe, ihre Maschinen und andere Werte und Dienstleistungen gegen das grüne Papier der USA eintauschen und es sogar in ihren Zentralbanken für schlechtere Zeiten horten, nur solange das funktioniert das System und nur so lange können die USA weiterhin unbegrenzt Dollar drucken und damit problemlos weitere Kriege und Kanonen finanzieren, ohne dafür bei der Butter sparen zu müssen.

In den letzten Jahrzehnten – und vor allem in jüngerer Zeit – haben die USA ihre ausufernden Staatsschulden immer wieder mit immer mehr frisch gedrucktem Geld gedeckt und seit dem Zweiten Weltkrieg über 100-mal die zulässige Staatsschuldenobergrenze erhöht. Die Staatsschulden des US-Bundeshaushalts liegen inzwischen bei 34 Billionen US-Dollar und derzeit kommen etwa alle 100 Tage neue Schulden in Höhe von rund einer (abendländischen) Billion – ja, tausend Milliarden – US-Dollar hinzu. Immer mehr Staaten, vor allem China und Russland, kaufen angesichts des damit unausbleiblichen Werteverfalls keine neuen US-Schatzbriefe mehr und reduzieren stattdessen seit zwei Jahren Schritt für Schritt kontinuierlich ihre Bestände an US-Bonds. Auch die Staaten des Globalen Südens weichen zunehmend auf andere Möglichkeiten anstelle des US-Dollars aus, sowohl beim internationalen Handel als auch in der Frage der Staatsreserven. Bei Letzteren ist Gold in den Zentralbanken rund um die Welt wieder zunehmend begehrt.

Diese ohnehin fortschreitende De-Dollarisierung wird jetzt durch den vom US-Kongress "legalisierten" Diebstahl russischer Vermögenswerte zusätzlich beschleunigt. Denn jedes Drittland, das jetzt vor der Frage steht, wo und in welcher Währung und in welcher Form es seine nationalen Währungsreserven halten soll, wird sich in Zukunft zweimal überlegen, ob es seine Ersparnisse in den USA einlagert und ob der US-Dollar weiter sicher ist. Jedes Land muss nämlich damit rechnen, bei einer nicht US-gefälligen Politik sanktioniert zu werden und dabei seine in US-Dollar gehaltenen Ersparnisse oder Devisenreserven zu verlieren.

Der vom US-Kongress demonstrierte Entzug der Kontrolle der russischen Eigentümer über ihre Vermögen ist also keine gute Grundlage, um das bereits angeschlagene Vertrauen in den "sicheren Finanz-Hafen US-Dollar" in Zukunft wieder herzustellen. Genau das befürchtet auch die

Europäische Zentralbank, die vor einer Nachahmung der jüngsten Schritte in den USA abrät, weil sie bleibende Schäden für das Weltwährungssystem und für die Rolle des Euro befürchtet. Zudem haben europäische Firmen erhebliche Vermögenswerte in Russland investiert, die auf 230 Milliarden Euro geschätzt werden. An denen könnte sich im Gegenzug der russische Staat als Entschädigung bedienen – und wahrscheinlich würde er das auch tun.

Der Kolumnist Christopher Caldwell sah das jüngst in einem Kommentar für die *New York Times* nicht anders:

"Wenn Russland, China und andere diplomatische Rivalen der USA beschließen, dass ihre Dollaranlagen in den Vereinigten Staaten nicht mehr sicher sind und sie dem Dollar als Tauschmittel nicht mehr trauen können [weil eine Entwertung droht], dann würden wir [die US-Amerikaner] den Schmerz der 34 Billionen Dollar US-Staatsschulden in einer Weise spüren, wie wir es uns kaum vorstellen können."

Laut Professor Lew Markowitsch Sokolschtschik vom "Zentrum für komplexe europäische und internationale Studien" an der Nationalen Forschungsuniversität "Hochschule für Ökonomie" in Moskau "untergräbt die Entscheidung der US-Kongresse ernsthaft das Image und die Glaubwürdigkeit des Westens". Gegenüber *Sputnik* sagte er:

"Wenn ein Land zum Beispiel eine von den USA unabhängige Politik verfolgt, können seine Vermögenswerte gefährdet sein. Sie können eingefroren und schließlich beschlagnahmt werden."

In diesem Zusammenhang wies Sokolschtschik darauf hin, dass Saudi-Arabien in den letzten Jahren seine Zusammenarbeit mit China, Russland und anderen BRICS-Staaten verstärkt hat. Dabei waren es die Saudis, die vor einem Dreivierteljahrhundert für die Schaffung des "Petrodollars" – also die Einigung auf den US-Dollar als Abrechnungsbasis beim Handel von Erdöl – mitverantwortlich waren, der die weltweite Dominanz der US-Währung wesentlich mitbegründete. Im Austausch gegen Schutzgarantien aus Washington stimmte das saudische Königshaus den cleveren US-Forderungen zu, saudisches Öl nur noch gegen US-Dollar zu verkaufen. Heute suchen die Saudis zusammen mit China und Russland, Indien und anderen Ländern nach Möglichkeiten, die Rolle des US-Dollars im Ölhandel mit Hilfe von anderen Währungen zu reduzieren, etwa durch den chinesischen Yuan zu ersetzen.

TikTok ist zu populär bei Uncle Sam

Hinter dem Gesetz zur Erzwingung des Verkaufs der mit ihren Videos vor allem bei US-amerikanischen Jugendlichen beliebten Social-Media-Plattform TikTok vorzugsweise an US-Investoren ist die Hand prozionistischer Lobby-Gruppen wie etwa das AIPAC (American Israel Public Affairs Committee) nicht zu übersehen. Diese Zionisten-Lobbyisten haben in den letzten Monaten TikTok für den Anwachsen der Unterstützung unter US-Jugendlichen für palästinensische Opfer des Genozids verantwortlich gemacht und ihren immensen Einfluss auf den US-Kongress benutzt, um ein Verbot von TikTok oder wenigstens dessen Enteignung zu erreichen.

Kritiker des neuen Gesetzes verweisen jedoch darauf, dass das TikTok-Verbot eine klare Verletzung des Ersten Verfassungszusatzes der USA darstellt. Daher sei zu erwarten, dass Millionen von verärgerten US-Bürgern ihre Regierung beschuldigen werden, ihre verfassungsmäßigen Rechte zu verletzen.

Was könnte passieren, wenn sich eine ohnehin sehr unpopuläre Regierung von ihren Bürgern, vor allem von der Jugend, weiter entfremdet?

Zugleich wäre eine negative gesellschaftlich Reaktion vor allem bei jungen US-Amerikanern zu erwarten, wenn ihr sehr beliebtes Internetportal in den USA tatsächlich gesperrt oder verfälscht wird. Auch ist die Umstellung einer "Social-Media-Plattform" auf ein anderes, von den USA kontrolliertes Format kein nahtloser Prozess. Es gibt keine Garantie dafür, dass ein "US-politisch" korrektes TikTok ein Erfolg wird, zumal viele Nutzer das Verbot umgehen könnten, indem sie – ähnlich wie beim verbotenen *RT DE* – darauf über ein VPN zurückgreifen können, um weiterhin Zugang zum TikTok-Original zu haben.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die *RT DE* im April 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf *RT DE* keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.